

## Schwerpunktthema - Unterstützte ArbeitnehmerInnen: Für Behinderte wie Nichtbehinderte sollte in ganz Deutschland ein „Recht auf Arbeit“ gelten!

Auch Menschen mit Behinderungen wollen in das allgemeine Erwerbsleben eingegliedert werden. „Wir sind schließlich auch normal!“ Denn wer oder was ist schon „normal“ bzw. „behindert“? Den Prototyp des „Normalen“ oder „Behinderten“ gibt es nicht. Jeder Mensch ist anders und hat seine besonderen Fähigkeiten. Es gibt bestimmte „Normen“, die von der Gesellschaft festgesetzt werden. Dies gilt für das Berufsleben genauso wie für den Freizeitbereich. Wer sich nicht an diese Normen hält, wird in diesem bestimmten Punkt von der Außenwelt als „Behinderter“ abgestuft. Doch gibt es ebenso „normale Behinderte“ wie „behinderte Normale“. Den Menschen, denen man eine Behinderung nachsagt (egal ob eine Körper-, Sinnes-, psychische oder geistige Behinderung), sagt man automatisch nach, daß sie beruflich eingeschränkter seien als andere nichtbehinderte („normale“) Menschen. Das mag für manche Berufe zwar stimmen, aber auch jeder Nichtbehinderte ist nicht für jeden Beruf geeignet und auch jeder behinderte Mensch ist in einem bestimmten Bereich oft mehr als andere imstande, gleichwertige, ja manchmal sogar bessere Arbeiten zu verrichten.

„Behindert ist man nicht, behindert wird man“ - oder anders gesagt: „Behinderung ist auch normal!“ Das Modell der Unterstützten Beschäftigung sieht vor, daß jeder Mensch, egal welche Behinderung er hat, die Un-

terstützung erhält, die er benötigt, um in einem Betrieb arbeiten zu können. Man will individuell Berufsfelder für Menschen mit Behinderungen erschließen. Einen Menschen mit einer erheblichen Behinderung hätte man früher „automatisch“ in die Werkstatt „abgeschoben“ (ob er wollte oder nicht), damit er Brot und Arbeit hat und - was besonders als Motiv betont werden muß - der Außenwelt nicht zur Last fällt! Bei einem solchen Menschen spielt für die Außenwelt nur sein Defizit, sprich seine Behinderung die Hauptrolle. Was aber nun, wenn dieser Mensch den dringenden Wunsch äußert, nicht in einer Werkstatt, sondern woanders (draußen) arbeiten zu wollen?

Die Außenwelt begegnet solchen „Wunschvorstellungen“ mit äußerster Skepsis. Zunächst - gerade in heutiger Zeit - steht die Kostenfrage im Vordergrund. Dann fragt man sich oft, ob der Betreffende die an ihn bei dieser gewünschten Tätigkeit gestellten Anforderungen überhaupt erfüllen kann. Die Praxis hat jedoch gezeigt, daß Menschen, die eine bestimmte Tätigkeit ausüben wollen, die die Außenwelt „normalerweise“ mit „unmöglich“ abgetan hätte, diese Tätigkeit mit großem Erfolg verrichten, die vor allem sie selbst zufriedenstellt und einen hervorragenden Ersatz für das „monotone“ Arbeitsleben in einer Werkstatt sein kann. Doch sind solche Fälle, bei denen über die Unterstützte Beschäf-

tigung eine Integration ins normale Arbeitsleben erfolgreich war, noch immer die Ausnahme. Viel häufiger kommt es vor, daß die Verwirklichung solcher Vorhaben an den Vorurteilen oder Kostenargumenten der Außenwelt scheitern. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ So steht es seit dem 15.11.1994 im Grundgesetz. Aber gilt dieser Satz auch PRAKTISCH für Deutschland?! Solche Wünsche müssen vor allem von den anderen Menschen (die sich für „normal“ halten) ernst genommen werden. Man muß mit den Betroffenen ins Gespräch kommen, um ihnen das Für und Wider ihrer Vorstellungen klar zu machen, aber auf sachlicher, kollegialer und vor allem gleichberechtigter Ebene, und nicht gleich mit der Grundeinstellung „Das wird nichts“. Auf der Jahrestagung der BAG UB im Mai habe ich gehört, daß die Betriebe, die unterstützt arbeitende Menschen angestellt hatten, höchst zufrieden mit deren Arbeitsleistungen waren und sind. In einigen Fällen war es sogar gelungen, diesen Menschen ihren Berufswunsch vollständig zu erfüllen. „I want my Dream“ und ich möchte ernst genommen werden.

Und wann haben Sie die ersten behinderten KollegInnen in Ihrem Betrieb?!

Jochen Schäfer

Unterstützter Arbeitnehmer bei spectrum e.V. - Marburg

**Impressum:**

*impulse*

Nr. 11, Januar 1999  
ISSN 1434-2715

Herausgeber:



**Bundesarbeitsgemeinschaft für  
Unterstützte Beschäftigung e.V.**  
Schulterblatt 36,  
D-20357 Hamburg  
Tel.: 040/ 432 53 123  
Fax: 040/ 432 53 125  
Email: BAG\_UB@t-online.de

Vorsitzender: Rolf Behncke  
Geschäftsführer: Stefan Doose

Die BAG UB ist Mitglied im Paritätischen  
Wohlfahrtsverband und in der European  
Union of Supported Employment (EUSE)

**Redaktion:** Stefan Doose (ver-  
antwortlich), Eva-Maria Fehre,  
Detlev Jähnert, Angelika Thielicke,  
Jörg Schulz (Layout)  
Lektorat: Christoph Mühlbach

**Druck:** Elbe-Werkstatt, Hamburg  
**Auflage:** 1000

Das Mitteilungsblatt *impulse* er-  
scheint vierteljährlich und ist im  
Mitgliedsbeitrag der BAG UB ent-  
halten. Für Nichtmitglieder beträgt  
der Bezugspreis 40 DM / Jahr.

Namentlich gekennzeichnete Arti-  
kel geben stets die Meinung der  
AutorIn wieder.

Die BAG UB finden Sie jetzt im  
Internet unter der Web-Adresse:  
**<http://www.bag-ub.de>**

Die *impulse* gibt es weiterhin im  
Internet unter: **<http://bidok.uibk.ac.at>**

**Inhaltsverzeichnis**

Für Behinderte wie Nichtbehinderte sollte in ganz Deutschland  
ein „Recht auf Arbeit“ gelten! ..... 1

Unterstützte ArbeitnehmerInnen - Ihre Perspektiven und Arbeitsplätze

Der Stellenwert von Arbeitsassistenten für Menschen mit Behinderungen .. 3

Jeder Tag ein Kampf ums Überleben ..... 5

Meine Arbeit in der Spülküche im Krankenhaus Boberg ..... 13

Über meine Tätigkeit als blinder Dokumentationsassistent  
beim Verein spectrum e.V. .... 14

Jetzt mache ich endlich die Arbeit, die ich immer machen wollte ..... 16

Sachbearbeiter des Sozialamtes mit Arbeitsassistenten ..... 17

„Die Ausbildungszeit“ ..... 18

Ich arbeite im Haus der Senioren ..... 18

Mein Arbeitsplatz im Café Lotte ..... 19

Das Café ‚Lotte‘ ..... 19

Von der WfB in die Uni - die Arbeit als Bibliotheksassistent ..... 20

Meine bisherigen Erfahrungen als Behinderter in der freien Wirtschaft:  
Unterstützung, aber auch der Kampf mit der Bürokratie ..... 20

Nicht vermittelbar? Arbeit mit Assistenz ..... 21

Reihe: BMA Projekte stellen sich vor

IFD = Spezialisierte Personal- und Unternehmensberatung ..... 22

Fachtagungen & Seminare

People First Weltkongreß 1998 ..... 25

Unterstützung – Was ist das für mich? ..... 27

Dschungelpfade - Wege für behinderte Menschen zum 1.Arbeitsmarkt ... 29

Integration ist Menschenpflicht oder: Geduld braucht der Mensch ..... 30

Fachtagung der Deutschen Vereinigung  
für die Rehabilitation Behinderter e.V. (DVfR) ..... 31

Integrierende Arbeitsbegleitung von Menschen mit Autismus ..... 32

Aktuelles

Weitere Entwicklung und Diskussion der bundesweiten  
Modellprojekte Integrationsfachdienste ..... 33

Termine, Literatur - Fundstellen, Hinweise ...

Arbeit für alle?! - Fachtagung in Kassel ..... 4

Erfolgreich gestartet: BAR Modellinitiative - „REGIONale Netzwerke  
zur beruflichen Rehabilitation (lern-) behinderter Jugendlicher“ ..... 34

3. Bundeskongress für Rehabilitation vom 21. - 23. April 1999 in Suhl ... 35

Rechte von Menschen mit Behinderung stärken ..... 35

Entwicklung der Integrationsfachdienste ..... 36

LeserInnenbriefe ..... 37

Neues aus der BAG UB

Ein neuer Mitarbeiter stellt sich vor / *impulse* nächste Ausgabe /  
Qualifizierung 2. Durchgang / Seminartermine 1999 /  
Jahrestagung der BAG UB 1999 / Praxismaterialhefte ..... 37

# Der Stellenwert von Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen

von Elke Bartz, Forum selbstbestimmte Assistenz behinderter Menschen e.V. - Muldingen-Hollenbach

Schon allein die Definition des Begriffs Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen beinhaltet in der Praxis Probleme. So bezeichnet z.B. die rheinland-pfälzische Hauptfürsorgestelle mit Arbeitsassistenz die (in der Regel dreimonatige) Einweisung eines Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung in seinen neuen Tätigkeitsbereich. Körperbehinderte Menschen, die zur Ausübung ihres Berufes Assistenzleistungen in Anspruch nehmen, erhalten hingegen „dauerhafte Betreuung am Arbeitsplatz“.

Das bedeutet eine strikte Umkehrung der Definitionen nach dem Verständnis der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. Ein Mensch mit einer sogenannten geistigen Behinderung benötigt in der Regel begleitete Einführung und Training an seinem (neuen) Arbeitsplatz. Dabei kann es sich sowohl um Assistenz- als auch um Betreuungsleistungen handeln mit dem Ziel, daß diese/r ArbeitnehmerIn nach der individuellen Einarbeitung die Tätigkeiten, entsprechend der eigenen Fähigkeiten, so selbständig als möglich ausübt. Weitergehende Unterstützung kann, muß aber nicht in allen Fällen zwangsläufig erfolgen.

Bei der Arbeitsassistenz für Menschen mit sogenannten geistigen Behinderungen übernehmen die ArbeitsassistentInnen die Einweisung und Anleitung, im Idealfall nicht fremdbestimmend, sondern lediglich unterstützend und begleitend, als PartnerInnen der behinderten ArbeitnehmerInnen.

ArbeitsassistentInnen für Menschen mit intellektuellen Einschränkungen sollen ebenfalls darauf hinwirken, Berührungspunkte bei den nicht-behinderten MitarbeiterInnen abzu-

bauen. Sie müssen verdeutlichen, wo Schwächen, aber auch Stärken der künftigen behinderten KollegInnen liegen, daß aber auch ein nicht-behinderter Mensch nicht sämtliche Tätigkeiten uneingeschränkt verrichten kann.

Arbeitsassistenz für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen bedeutet in der Regel ausschließlich Ausgleich für nicht oder nicht ausreichend vorhandene manuelle Fähigkeiten, die für die Ausübung des Berufstätigkeiten notwendig sind. Intellektuelle Fähigkeiten müssen nicht ausgeglichen werden. Im Gegenteil verfügen körperbehinderte ArbeitnehmerInnen über das Weisungsrecht gegenüber ihren ArbeitsassistentInnen.

Beispiel 1: Der Arbeitsassistent eines Arbeitnehmers mit einer sogenannten geistigen Behinderung erklärt diesem, wofür ein Aktenordner benötigt wird, wo dieser steht und wie eine einfache Ablage erfolgt.

Beispiel 2: Der Arbeitsassistent einer körperbehinderten Arbeitnehmerin holt auf Anweisung dieser einen bestimmten Ordner aus dem Regal und legt nach deren Anweisung die entsprechenden Unterlagen ab. Von Betreuung kann in diesem Zusammenhang sicher nicht die Rede sein.

Doch egal, ob Arbeitsassistenz für Menschen mit intellektuellen oder körperlichen Beeinträchtigungen, de facto ermöglicht sie die Integration in das Arbeits- bzw. Berufsleben, darüber hinausgehend jedoch auch in das gesellschaftliche Leben.

In einer stark leistungsorientierten Gesellschaft hat Arbeit einen äußerst hohen Stellenwert. Schon nicht-behinderte Menschen erleben häu-

fig den sozialen Ausschluß, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Nicht einmal die hohe Arbeitslosenquote, die eigentlich verdeutlichen sollte, daß Arbeitslosigkeit nicht „individuelles Versagen eines einzelnen“, sondern ein Massenphänomen darstellt, hat daran etwas geändert.

Menschen mit Beeinträchtigungen werden sehr häufig als nicht leistungsfähig definiert. Sie gelten als Objekte der Hilfsbedürftigkeit und Fürsorge, ein Leben lang abhängig von der mehr oder minder vorhandenen Bereitschaft des Staates und der Gemeinschaft „für sie zu sorgen“. Eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird so von vornherein ausgeschlossen.

Arbeit bedeutet also nicht nur Sicherung des Lebensunterhaltes und Erwerb sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche z.B. auf Renten- und Pflegeversicherungsleistungen, sondern auch Sicherung des sozialen Status' in der Gesellschaft.

Zum gesellschaftlichen Leben gehört ebenso die Möglichkeit der Mobilität. Arbeitslose Menschen mit Behinderung werden in ihrer Mobilität noch stärker eingeschränkt als berufstätige Behinderte oder arbeitslose Nichtbehinderte. Da selbst ausgangs des 20. Jahrhunderts in Deutschland immer noch sehr wenige öffentliche Verkehrsmittel barrierefrei und flächendeckend von allen Menschen genutzt werden können, sind insbesondere gehbehinderte und rollstuhlbenutzende Menschen auf einen eigenen PKW angewiesen. Spezielle Behindertenfahrdienste können dieses Manko nur sehr mangelhaft ausgleichen.

Ein arbeitsloser behinderter Mensch kann sich ein eigenes Fahrzeug jedoch selten leisten. Die Finanzierung



über die Eingliederungshilfe nach dem BSHG (§§39, 40) ist sehr schwierig, da die öffentlichen Träger der Sozialhilfe das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben häufig nicht anerkennen.

Der Einsatz von ArbeitsassistentInnen bedeutet also wesentlich mehr als nur die Möglichkeit, die Berufstätigkeit behinderter Menschen zu sichern bzw. erst zu ermöglichen. Sie beinhaltet einen äußerst wichtigen Grundstein zur Sicherung des Lebensunterhaltes, sozialer Anerkennung und der Möglichkeit, ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben in der Gesellschaft zu führen. Arbeitsassistenz ist ein wichtiges „Instrument zur Integration“ und damit der Steigerung von Selbstwertgefühl und Lebensqualität behinderter Menschen.

Aus diesem Grund sind Leistungskürzungen und -begrenzungen der Kostenübernahme für die Arbeitsassistenz strikt abzulehnen. Je nach Bundesländern existieren unterschiedlichste Limits für die Kostenübernahme. Die Kostenträger (i.d.R. Hauptfürsorgestellten) deckeln die Leistungen zunehmend. Dabei legen sie Rechenmodelle zugrunde, nach denen sie entscheiden, bis zu welcher Summe Arbeitsassistenz nach ihren Begriffen effizient eingesetzt wird, und wann es „billiger“ ist, selbst hochqualifizierte behinderte Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken bzw. sie zu Sozialhilfeempfängern zu degradieren.

Die oben angesprochene Steigerung der Lebensqualität und Sicherung des sozialen Status finden bei solchen Berechnungen kaum bis gar keine Berücksichtigung. Mit dieser Handhabe werden Menschen mit Beeinträchtigungen wieder einmal mehr auf ein Dasein als Kostenfaktor degradiert.

Bei der Effizienzberechnung durch die Kostenträger wird vermutlich ein Aspekt ganz außer acht gelassen. Mit der Beschäftigung von Arbeitsassis-

tentInnen wird nicht nur die Berufstätigkeit der behinderten Menschen gesichert. Vielmehr entstehen dadurch ebenfalls Arbeitsplätze für die Arbeitsassistentinnen mit den unterschiedlichsten Qualifikationen. ArbeitsassistentInnen für Menschen mit sogenannten geistigen Behinderung sind in der Regel für ihre Tätigkeit speziell ausgebildete Kräfte. AssistentInnen für körperbehinderte ArbeitnehmerInnen können über die unterschiedlichsten oder über gar keine speziellen Qualifikationen verfügen, da sie von den behinderten Menschen selbst in ihre Tätigkeiten eingewiesen werden.

Einige ArbeitsassistentInnen finanzieren mit der Leistung von Arbeitsassistenz ihr Studium, andere sichern

ihren Lebensunterhalt aus dieser Tätigkeit. Dadurch werden häufig zuvor arbeitslose AssistentInnen unabhängig von Arbeitslosengeld- oder Hilfe bzw. der Sozialhilfe. Außerdem werden sie dadurch zu Steuerzahlern und Zahlern von Sozialversicherungsbeiträgen. Angesichts leerer öffentlicher Kassen ein nicht zu mißachtender Faktor.

Arbeitsassistenz hat also viele „Gesichter“. Ihr Nutzen geht weit über den in Zahlen berechenbaren Stellenwert hinaus. Ihre Kostenübernahme darf keinesfalls eingeschränkt, sondern muß im Gegenteil weiter ausgedehnt werden, um noch weitaus mehr Menschen mit Behinderungen als bisher die Integration zu ermöglichen. \*

## Arbeit für alle?!

Fachtagung in Kassel

### Erfahrungen und Perspektiven in der beruflichen Begleitung schwerbehinderter Menschen.

Die Sozialtherapie Kassel e.V. lädt ein:

Anlässlich der Einweihung des Integrationsfachdienstes im Rahmen des BMA-Modellprojektes werden wir die gemeinsame Arbeit mit einem Fachtag am **5. Februar 1999** (Freitag) beginnen. Zudem möchten wir bei dieser Gelegenheit den Berufsbegleitenden Dienst der Sozialtherapie Kassel e.V. als gemeinsame Organisationsstruktur von Integrationsfachdienst und Psychosozialen Dienst vorstellen.

Am Vormittag findet nach einem kurzen Festakt ein Vortrag zum Thema „Entwicklungsperspektiven der Erwerbsarbeit“ mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Der Nachmittag steht für Arbeitsgruppen zur Verfügung, vorgesehen sind u.a.:

- Stefan Doose: Persönliche Zukunftsplanung
- Andrea Placzko: Zwischen allen Stühlen - die Arbeit als Integrationsberaterin
- Eleonore Teppe: Des Lebens-Arbeits-Spiel
- Peter Tipmann: Integrationsfirmen in Nordhessen

Für Rückfragen stehen Frau Hahner (0561 / 7898241) und Frau Stumpf (0561 / 7898246) gern zur Verfügung.

Sozialtherapie Kassel  
Motzstr. 4, 34117 Kassel  
Fax: 0561 / 7898270

# Jeder Tag ein Kampf ums Überleben

von Susanne Schäfer - Arolsen

Ich bin 31 Jahre alt und arbeite in der Linsen-Zentriererei in einem feinoptischen Betrieb mit 300 - 400 Mitarbeitern. Ich leide an einer stark ausgeprägten Narkolepsie-Kataplexie, wegen der ich lt. fachärztlichem Gutachten (der endgültige Bescheid nach Verschlechterungsantrag steht noch aus) 100 GdB und Merkzeichen G und B habe.

Diese bislang eher selten diagnostizierte chronische, nicht heilbare, nur symptomatisch und unzureichend behandelbare Krankheit wird in meinem Falle noch von einer circadianen Schlaf-Wach-Rhythmusstörung (bi-circadianer Rhythmus, d.h. ich müßte eigentlich statt einer 8-stündigen Nacht nur einen 4-stündigen Nachtschlaf und einen ebenso langen „Mittagsschlaf“ nehmen), sowie von Bewegungs- und Koordinationsstörungen überlagert, die große Ähnlichkeit mit einem Parkinson-Syndrom oder einer L-Dopa-responsiven progressiven Dystonie im Kindesalter haben [3, 15] und auch auf Antiparkinson-Medikamente besser ansprechen als auf die in der Narkolepsie-Behandlung üblichen Stimulantien, von denen ich, sofern sie überhaupt für kurze Zeit wirken, immer sehr hohe und ständig gesteigerte Dosen benötige.

Infolge der durch die Gangstörung bedingte Fehlbelastung habe ich eine beidseitige Hüftdysplasie (Schmerzen beim Stehen oder beim Gehen längerer Strecken), wegen des Rigors der Nacken- und Schultermuskulatur öfters z.T. erhebliche Spannungskopfschmerzen. Die von der extremen Tagesschläfrigkeit (lt. Erkenntnissen der Schlafmediziner „ständig wie ein Gesunder, der 48 Stunden lang nicht schlafen durfte“ [4, 11]) verursachten Wahrnehmungs- und Konzentrationsstörungen und Mängel in der sozialen Kompetenz führten sogar vor einigen Jahren zu der separaten Dia-

gnose „Autismus“, die wir aber heute nicht mehr akzeptieren können [5, 8, 17].

Während der kurzen Stunden der durch Medikamente erzielten Wachheit zeigte es sich, daß bei verbessertem „Sortieren“ der Wahrnehmungen, Konzentration und Zurückgehen der vegetativen Störungen (→ allgemein besseres körperliches Befinden) auch das Verständnis sozialer Vorgänge in meiner Umgebung, das sprachliche Verstehen über das Wortwörtliche hinaus sowie die Toleranz gegenüber Störungen aller Art deutlich verbessert wurde, so daß man heute sagen kann, daß ich im Grunde genommen sogar ein sehr soziales Wesen bin, Einfühlungsvermögen (Empathie) und sogar Humor habe. Ich bin durchaus spontan, aufnahmefähig und flexibel - doch das alles mußte erst „erweckt“ werden, und leider kann man diesen Zustand nie lange aufrecht erhalten.

Zur Symptomatik der Narkolepsie zählen vor allem die imperativen Schlafattacken (in meinem Falle bis zu fünfmal à 10 - 30 Minuten allein während der Arbeitszeit), kataplexische Anfälle (Muskeltonusverluste

bis hin zum kompletten Hinstürzen - in selteneren Fällen Lähmung bis 2 Stunden Dauer - bei Emotionen wie Lachen, Freude, Angst, Ärger, Erschrecken), ein zerstörter Nachtschlaf, hypnagoge Halluzinationen und Schlaf lähmungen sowie „automatisches Verhalten“ am Tage (im Halbschlaf ausgeführte Handlungen, sehr gefährlich im Straßenverkehr und beim Bedienen von Maschinen).

Es würde den Rahmen dieses Artikels hier sprengen, würde ich beschreiben, was man alles für „abenteuerliche“ oder unglaubliche Geschichten mit einer solchen Krankheit erleben kann, die relativ selten bzw. unbekannt ist (zumindest über das sichtbare Symptom der Schlafattacken und evtl. der Kataplexien, die oft als Epilepsie fehlgedeutet werden, hinausgehend), daß nicht einmal die meisten Ärzte etwas mit einem anfangen können und zusätzlich Probleme beim Ausstellen von den nötigen Btm-Rezepten schaffen o.ä.

[Wer mehr über all dies erfahren möchte, dem sei mein 2. Buch [siehe Referenzen, 13] empfohlen, dessen Erlös der Deutschen Narkolepsie-Gesellschaft zugute kommt.]



Susanne Schäfer

### Lehrzeit, fester Arbeitsplatz und Kündigungsversuch

Daß ich trotz allem eine Ganztags-Arbeitsstelle auf dem offenen Markt habe, ist einer Reihe glücklicher Umstände und der Tatsache zu verdanken, daß die Krankheit 1984, als ich anfang, nach einer Lehrstelle zu suchen, noch nicht so weit fortgeschritten und damit nicht, wie heute, auf Anhieb erkennbar war. Zudem konnte ich mich erfolgreich um die üblichen Einstellungstests herumdrücken, da meine Familie ca. 300 km von dem feinoptischen Betrieb, bei dem ich mich beworben hatte, entfernt wohnt, und die Firma wertete meine Schulzeugnisse, vor allem mein Interesse an Fotografie/Astronomie u.a. Naturwissenschaften, als positiv.

Obwohl bereits in den ersten Wochen der Lehrzeit offensichtlich wurde, daß ich den Großteil der Zeit am Schraubstock, später an der Schleif- und Polierbank, im Halbschlaf verbrachte, auffallend oft und lange (zum Schlafen) auf dem WC verschwand, in verdrehter Körperhaltung an der Maschine lehnte und auch sonst in vielerlei Hinsicht ein „komischer Vogel“ und damit auch Ziel von Spott und Schimpferei war, registrierte man auch meine guten Eigenschaften und Fähigkeiten - und daß ich, obwohl ich die Augen mehr geschlossen als offen hatte, meine Werkstücke immer irgendwie fertig bekam. Wer mich kannte, der wußte, daß ich zwar langsam aussah, doch dieses mit Ausdauer kompensierte. Andere machten ihre Zigaretten-, Eß-, Kioskgang- und BILD-lesen - Pausen während der Arbeitszeit, und ich eben meine Nickerchen.

Damals waren Feinoptiker noch Mangelware, so daß alle Lehrlinge übernommen wurden; wieder hatte ich Glück. Ich glaube, dabei zählte auch, daß ich immer auch eine große Motivation zu arbeiten und die Sache auch gut zu machen - was ge-



Susanne Schäfer

rade bei der Arbeit mit Glaslinsen für hochwertige Objektive wichtig ist - gezeigt habe.

[Das ist ein großer Vorteil bei meiner Arbeit: Es kommt zwar auch auf Schnelligkeit an, doch mehr noch auf Qualität; umgekehrt wäre es nicht zu schaffen für mich.]

Ich hatte, egal wie schlecht es mir oft ging, keinen einzigen Krankmeldetag, ausgenommen ich war auf der Arbeit regelrecht „umgefallen“ und nach Hause/zum Arzt gebracht worden, und dann während der Aufenthalte in diversen neurologischen Kliniken.

Ein permanent schlechtes Gewissen hatte ich dennoch - wegen des Schlafes und weil mir alles so schwer fiel, was für andere ein Kinderspiel zu sein schien.

Meine größte Angst war, den Arbeitsplatz zu verlieren, weshalb ich mich sehr unter Druck setzte und sogar, wenn ich das Gefühl hatte, mit dem Pensum nicht nachgekommen zu sein, nach Feierabend noch etwas weiter arbeitete. Manchmal funktionierte ich meine diversen Arbeitsplätze so um, daß sie meinen Defiziten besser gerecht wurden, machte reine „Steh-Plätze“ zu „Hoher-Stuhl-Sitz-Plätzen“, verlängerte und verdickte die Griffe von Pinseln und Feilen, so daß ich sie besser halten konnte - und bestand hartnäckig auf einer Entfernung einer großen As-

best-Platte auf meinem Ofen. Natürlich gab es dann immer erstmal Spott und Widerstand gegen den „neumodischen Quatsch“, doch dann gewöhnten sich Kollegen und Vorgesetzte bzw. fanden sogar selbst Gefallen daran.

Mit der Zeit ließen sich die Symptome meiner Krankheit immer weniger verheimlichen; ich war körperlich und auch nervlich immer mehr am Ende. Inzwischen hatten sich auch die kataplektischen Anfälle eingestellt, damals noch vielfach fehl-diagnostiziert, so daß es auch von medizinischer Seite her keine Hilfe gab. (Diese gab es erst 1996 nach zweimaligem Aufenthalt im Schlaf-labor.)

Ausgerechnet zu jener Zeit (1993) standen wegen schlechter wirtschaftlicher Lage mehrfach Entlassungen an, und da ich gerade in meiner damaligen Abteilung starkem Mobbing ausgesetzt war, sah ich mich gezwungen, nun doch den Schwerbehinderten-Ausweis zu beantragen - ein Schritt, den zu gehen ich mich bis dahin geschämt gehabt hatte.

Mein damaliger Vorgesetzter wollte mich daraufhin erst recht loswerden und meinte, keiner könne mehr die „Verantwortung übernehmen“ und versuchte, nachdem das Argument, es sei „keine Arbeit mehr für mich da“, welches von der HFS nicht akzeptiert wurde, meine Behinderung als



den Kündigungsgrund darzustellen. Hätten sich nicht liebe Kollegen/innen aus anderen Abteilungen und der Betriebsrat für mich ausgesprochen, hätte ich freiwillig aufgegeben.

Die entsprechenden Verhandlungen zogen sich über viele Wochen hinweg hin, in deren Verlauf jeder Tag zum Spießrutenlauf und ich noch mehr zum nervlichen Wrack wurde. Auch wenn meine Krankheit erwiesenermaßen rein-körperliche (organische, mit großer Wahrscheinlichkeit auch genetische) Ursachen hat, so ist es wie bei vielen anderen neurologischen Krankheiten, daß jeder zusätzliche äußere Streß und psychische Belastungen den Zustand und evtl. auch den Verlauf verschlechtern.

Daß ich nach dem gescheiterten Kündigungsversuch dann von einem Arbeitsplatz zum nächsten geschubst wurde, verschlimmerte meinen Gesundheitszustand noch weiter.

Auch wenn ich mich überall bemühe, den Anforderungen gerecht zu werden und nicht viel Rücksichtnahme von den Kollegen zu fordern, so bin ich halt doch in meinen Möglichkeiten begrenzt:

Arbeitsplätze, bei denen man viel stehen muß, scheiden ebenso aus wie solche, bei denen sich das geforderte Arbeitstempo nicht mit meiner Motorik vereinbaren läßt, oder solche, bei denen ich von der Konzentration her nicht mitkomme (besonders bei schnell wechselnden Aufgaben; extreme Monotonie ist aber auch ungünstig). Direkte Hand-in-Hand-Arbeit mit einem Kollegen funktioniert wegen meines eigenen inneren Taktes und wechselhafter Leistungsfähigkeit nur schlecht; andererseits brauche ich Menschen um mich herum, und vor allem auch einen guten Chef, der mir klar und deutlich sagt, was ich machen soll (mich dann aber mit meinen Linsen weitgehend nach meiner eigenen Technik in Ruhe arbeiten läßt), und an den ich mich jederzeit wenden kann, wenn es Fragen und Unklarheiten gibt.

### Wichtig ist, daß ich mich auch im sozialen Umfeld wohl fühlen kann

Was ich unbedingt brauche, das ist, abgesehen von einer bewältigbaren Arbeit, ein harmonisches Umfeld. Gerade am Arbeitsplatz, an dem man seine meisten wachen Stunden zubringt (und ich wirklich all meine Kräfte lasse, so daß nichts mehr für „Hobbys und Privatleben“ übrig bleibt), da könnte ich keinen Dauerkriegszustand ertragen.

Das heißt nun nicht, daß man mich wie ein rohes Ei behandeln muß; bitte bloß das nicht! Ich wünsche mir im Prinzip keinerlei Sonderbehandlungen oder Privilegien, höchstens die absolut wichtigsten Rücksichtnahmen auf direkt behinderungsbedingte Schwachpunkte - entsprechend wie man von einem Rollstuhlfahrer nicht erwartet, daß er auf eine Leiter klettert, oder von einem Blinden, daß er die Farben der Kabel in einem elektronischen Gerät benennt.

Wenn ich also einen Fehler gemacht habe, dann soll man mir das ruhig sagen. Wenn ich wiederholt (oder gar vorsätzlich) denselben Mist gebaut habe, dann darf der Chef auch schimpfen; ich stehe zu meinen Fehlern. Was ich weniger gut vertrage, ist Kritik oder Unverständnis für Dinge, für die ich nichts kann, z.B. wenn ich mittendrin irgendwo an den unmöglichsten Orten einschlafe oder eine Kataplexie habe, wenn ich dann nicht mitkriege, was man zu mir sagt, oder wenn ich mich krank oder in Phasen schlechter Medikation zur Arbeit schleppe und dann vielleicht nur die Hälfte meiner üblichen Leistung bringe.

Selbst bei „guter“ Medikation benötige ich immer noch mehrere Schlafpausen am Tag, davon mindestens zwei in der Firma, und es ist sehr wichtig, daß ich diese auch ungestört nehmen kann. Ich bemühe mich, dies in den regulären Pausen zu machen, doch wer sich mit Narkolepsie etwas

auskennt, weiß, daß dies nicht immer zu schaffen ist.

Die Zeit jeweils vor dem erlösenden Schlaf ist die kritischste: Hier ist das Risiko für automatisches Verhalten und kataplektische Anfälle besonders groß: bei kleinsten Problemen mit der Arbeit oder im zwischenmenschlichen Bereich geht für mich dann jedesmal „eine Welt unter“, und manchmal bin ich dann so aufnahmefähig oder ansprechbar wie jemand mit einer geistigen Behinderung.

Daher ist es wichtig, daß die Menschen in meiner Umgebung Bescheid wissen, wie das alles zusammenhängt und wie wichtig es ist, daß ich den Schlaf nicht zu lange unterdrücke bzw. zu früh daraus geweckt werde, und wie sie mit meinen Kataplexien umgehen können.

In meiner Abteilung, dem Zentrierraum, in dem ich seit inzwischen 4 1/2 Jahren bin (früher nur ab und zu, aber alle kennen mich dort seit Lehrzeitbeginn), sind fast die Idealbedingungen erfüllt, um mich trotz der zu Anfang beschriebenen Behinderungen eine sinnvolle Tätigkeit ausführen zu lassen, die nicht bloß eine „Beschäftigungstherapie“, sondern eine wirtschaftlich verwertbare Produktion optischer Linsen von hoher Qualität darstellt - und, was mindestens genauso wichtig ist, daß ich mich dort sehr wohl und ein Stück „zu Hause“ fühlen kann.

Klar, es gibt immer mal Probleme mit den Maschinen oder auch Gebrüll oder derbe Scherze seitens meiner sieben (allesamt männlichen) Kollegen, doch Hauptsache, man hält letztendlich zusammen, dann kann man fast alles bewältigen!

### Ein Arbeitsplatz mit „vorsintflutlicher“ Technik: Qualität geht vor Quantität

Mein Arbeitsplatz wird von der HFS gefördert, und mein Chef (Vorarbeiter) ist offiziell als mein Betreuer eingesetzt. Manchmal hat er seine arge Last mit mir, doch ich versuche alles gut zu machen, wenn ich mal viel Kraft habe, dann gute und zahlreiche Linsen zu zentrieren und Lebensfreude um mich zu strahlen.

Mein Chef richtet mir die fünf alten Kitt-Loh-Maschinen ein, den Rest schaffe ich alleine, wenn nichts dazwischen kommt.

Eigentlich habe ich sogar einen Arbeitsplatz, der früher, als noch mehr Linsen mit dieser vorsintflutlichen Technik zentriert wurden, von zwei Personen besetzt war:

Den größeren Anteil (ca. 90%) der Zeit sitze ich an der Ausricht-Bank und kitte die Linsen auf die Messingröhre der Zentrierspindeln auf, wobei ich sie über eine spezielle Seh-Vorrichtung und ein Lichtkreuz an der Decke sehr präzise so ausrichte, daß die optische und die mechanische Achse übereinstimmen. Dies erfordert ein sehr gutes Auge und viel manuelles Geschick.

Wer mich den Großteil des Tages mit hängenden bis geschlossenen Augenlidern oder glasig-müden Blickes herumtaumeln sieht, wird mir keine großen Sehfähigkeiten zutrauen, doch ich habe lt. Augenarzt auf beiden Augen „über 100% Sehschärfe“ und eine besondere Fähigkeit, mich auf kleine Details zu konzentrieren, die mir hier zugute kommt.

Wer mich je nach Medikation entweder mit Ruhe- und Halte-Tremor oder mit Hyperkinesien an der Kitt-Loh herumzappeln sieht, wird es nicht für möglich halten, wie genau ich Linsen ausrichten kann, doch meine Kollegen wissen, daß das Tattern verschwindet, sobald ich eine gezielte Bewegung ausführe.

Manchmal ist es allerdings doch schwierig, vor allem wenn jemand

neben oder hinter mir steht und auf die Finger guckt, oder wenn ich Zeitdruck habe - dann bekomme ich selbst Linsen der einfacheren Sorte nicht hin.

Ich habe meistens fünf verschiedene Posten Linsen aufzukitten, also wird es nie zu monoton.

Ab und zu stehe ich dann auf und gehe in den Maschinenraum, wo ich die inzwischen abgekühlten Spindeln in die Maschinen einlege. Wenn die Linsen fertig abgelaufen sind, hole ich sie heraus, wärme sie von dem Rohr ab (messe sie ggf. auf verschiedene Parameter nach, korrigiere ggf. die Maschine) und kitte die nächste Linse auf.

Dieser Wechsel von vorwiegend sitzender Tätigkeit und etwas Bewegung kommt meiner gesamten Symptomatik von Schlaf über Hüftschaden bis zur Bewegungsstörung sehr entgegen. Ebenfalls vorteilhaft ist es, daß mein Platz etwas abseits und umrandet von Arbeitstischen und Wänden liegt und dennoch in Ruf- und Sichtweise meiner Kollegen.

Ich habe ein kleines Radio am Platz, auf dem den ganzen Tag Pop- und Rock- Musik läuft; das brauche ich als Stimulation und lenkt mich keinesfalls ab.

### Mein Leben ist nicht immer zum Lachen

Mit meinen Zentrier-Kumpeln (oder auch welchen aus anderen Abteilungen) gibt es zwischendurch immer mal etwas zum Erzählen oder zum Lachen, wobei ich bei letzterem aufpassen muß, daß ich nicht hinfalle („Lachschlag“-Kataplexie) oder Linsen und Werkzeug fallen lasse.

Leider ist es in meinem Leben nicht immer zum Lachen; die Krankheit und die unzureichende Medikation verschließen mir oft genug die „chemische Tür“ zur Welt der Wachen ... und wenn jemand aus nächster Nähe mitbekommt, wie sich das auswirkt,

dann sind das meine Kollegen und meine Familie (wo ich im Urlaub immer bin), besonders meine Mutter.

Da ich hier vor Ort überhaupt keine Hilfe habe, obwohl ich oft welche bräuchte, bin ich froh, mich wenigstens in der Firma sicher fühlen zu können.

Ich bekomme auch kein Wasser mehr über den Kopf geschüttet wie früher, und am dankbarsten bin ich dafür, daß mich die Kumpel nun wenigstens in der Mittagspause 1/2 Stunde am Stück in meinem Pappkarton (= mein „Bett“ im Maschinenraum, weil eine Liege mit Stoffpolstern schon bald voll Öl gesogen wäre) schlafen lassen. [Klar, ein Extraraum mit weicher Matratze ohne Lärm und Licht, das wäre herrlich, doch praktisch nicht durchführbar.]

Ich bin froh, daß ich mit den Kollegen über alles reden, daß ich ungeniert meine Medikamente nehmen oder mal zwischendurch den Blutdruck messen kann.

Daß zumindest einige verstanden haben, daß es solch eine merkwürdige Krankheit tatsächlich gibt, daß ich mich nicht bloß „blöd anstelle“ oder „nur nicht genug will“, und wie es kommt, daß ich zwischen derart verschiedenen Zuständen hin- und herschwanken kann.

Wenn ich neue Medikamente teste (was man normalerweise in der Klinik macht, doch dann müßte ich ja mehrmals im Jahr dorthin), dann sind meine Kollegen die besten Beobachter, um zu beurteilen, ob ich wacher/beweglicher/stabiler wirke - und wenn es schief geht, sind sie meine „Lebensversicherung“.

Sie haben mir gesagt, ich gehöre dazu, zur Mannschaft vom Zentrierraum, und die Arbeit gibt mir das Gefühl, ich werde noch irgendwo gebraucht, ich habe einen Nutzen für diese Gesellschaft, statt dem Staat auf der Tasche zu liegen.

Wenn ich daran denke, daß ich 1993 (als man mich entlassen wollte) angeblich nur noch für die Lebenshilfe-Werkstätten taugte und ein Fall





Susanne Schäfer

fürs Pflegeheim sei - und vergleiche, was ich heute mache - dann hoffe ich, daß mein Beispiel zeigt, wie man auch bei 100 Grad (Mehrfach-Schwerbehinderung) bei im Prinzip wenig Aufwand/Zugeständnis seitens des Arbeitgebers und etwas Verständnis/Toleranz seitens der Kollegen fast volle Leistung auf einem ganz normalen Arbeitsplatz auf dem freien Markt erbringen kann.

Voraussetzung ist, man findet einen Platz, an dem die Fähigkeiten des Behinderten genutzt werden können, an dem aber die Behinderung am wenigsten be-hindernd wirkt - und an dem das soziale Umfeld in Ordnung ist!

Ich weiß von vielen Behinderten, daß sie besonders motiviert sind, gute Arbeit zu leisten und zu zeigen, daß sie das auch können - wenn man sie nur läßt.

Leider erhält nicht jeder die Chance und findet seinen Platz so wie ich.

Daß es mir heute trotz fortgeschrittener Krankheit und z.T. schlechter Medikation so relativ gut geht, habe ich allein der freiwilligen Hilfe und dem Verständnis meiner Mutter, engagierter Einzelpersonen der Narkolepsie-Selbsthilfe und meiner Kollegen zu verdanken, außerdem den großzügigen Zugeständnissen meines Personalchefs, der mir mehr Freiheit im Rahmen der neu einge-

führten Gleitzeit und 1/2 Stunde Extra-Pause, die ich abends wieder einarbeite, eingeräumt und auch sonst ein offenes Ohr für meine Schwierigkeiten gezeigt hat.

Ich darf notfalls erst um 11 Uhr (statt um 7) zur Arbeit kommen, Hauptsache, die Stundenzahl stimmt nachher insgesamt. Das Problem „Weg zum Arbeitsplatz und wieder nach Hause“ ist nur teilweise gelöst: Ich lege eine immerhin je 3-4 km Strecke mit einem Tricycle zurück, das von der AOK geliehen ist, das kann zwar nicht umkippen, schützt aber nicht vor Unaufmerksamkeit im Straßenverkehr.

Wenn ich unterwegs irgendwo (meist auf dem Rückweg beim Einkaufen) einschlafe oder eine Kataplexie habe, kann es passieren, daß ich im Krankenwagen oder auf der Polizeiwache lande, trotz aller mitgeführten Bescheinigungen.

Es gibt eigentlich kaum einen Ort in dieser Stadt, an dem ich nicht schon Ärger deshalb hatte, sei es in Geschäften, im Schwimmbad, in meinem Wohnhaus usw.

Was mir eben völlig fehlt, ist Hilfe hier vor Ort, jemand, der, wenn es nötig ist, schneller erreichbar ist oder ein Ansprechpartner für Leute sein kann, die mich irgendwo „aufgesammelt“ haben.

Mein Chefarzt von der neurologischen Spezialklinik betreut mich telefonisch, wenn es mal Krisensitua-

tionen wegen der medikamentösen Einstellung o.ä. gibt.

Meine Mutter unternimmt, was sie kann, um mir zu helfen, aber sie wohnt ebenso weit weg wie o.g. Arzt oder die lieben Menschen von der Selbsthilfe (von der es in dem Bundesland, in dem ich wohne, keine Regionalgruppe gibt).

Ich sage immer, okay, die Krankheit, die hat man nun mal, das ist „höhere Gewalt“ und erstmal nicht zu ändern. Man kann nur versuchen, so gut wie möglich zu bewältigen, damit zu recht zu kommen, und sich an den vielen kleinen Dingen zu freuen, die einem noch geblieben sind. Wirklich schlimm wird alles erst oft gemacht - und zwar, wenn die Umwelt einen erst noch zusätzlich be-hindert und soviel wirklich vermeidbares Leid zufügt!

### Die öffentlichen Stellen, die normalerweise helfen sollten ...

Die öffentlichen Stellen, die normalerweise dazu da sind, Behinderten zu helfen, haben sich bislang nicht für solche komplizierten und seltenen Fälle wie mich zuständig gefühlt bzw. noch zusätzliche Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Eine Ärztin des Versorgungsamtes z.B. hat das von ihr selbst angeforderte fachärztliche Gutachten einfach ignoriert und behauptet, weil ich ja arbeiten ginge, könnte ich nicht so schlimm dran sein - ohne zu prüfen, wie hierbei die näheren Umstände liegen - und da ich ja während eines kataplektischen Anfalls bei Bewußtsein sei, wäre das auch „nicht so schlimm“ [16] - dabei ließ sie völlig außer acht, daß diese Kataplexien mit völliger Sprech- und Bewegungsunfähigkeit einhergehen und länger als manche epileptischen Anfälle dauern können, und daß auch generell „die Auswirkungen der Narkolepsie-Kataplexie auf das tägliche Leben und die Lebensqualität beeinträchtigender sind als bei Epilepsie“ [2].

Die HFS unterstützt zwar die Firma mit einem monatlichen Zuschuß für meinen Arbeitsplatz, doch als ich mich einmal in großer Verzweiflung wiederholt mit Bitte um Information über meine Rechte am Arbeitsplatz/Schlafplatz dorthin wandte, bekam ich nie eine Antwort, so daß meine Mutter und ich wieder einmal alles selbst erledigen mußten.

Die Tagesklinik des DRK sagte mir Hilfe bei meiner damals problematischen Wohnsituation zu - und ließ nie wieder von sich hören.

Zwar hatte man mir „betreutes Wohnen“ in der Form angeboten, daß einmal pro Woche zu fest vereinbarter Zeit eine Frau zu mir kommen sollte, um mit mir „gemeinsam einkaufen zu gehen“; außerdem sollte ich einen „Gesprächskreis für psychisch Kranke“ besuchen. Ich sagte danke nein und war froh, als ich wieder abhauen konnte.

Da ich abends meistens vor 18 Uhr kaum aus der Firma und vor 19 Uhr nicht in meine Wohnung komme, ist es das letzte, was ich brauchen kann, eine Sozialarbeiterin, die mir in den Kochtopf guckt und mich am wohlverdienten Nickerchen hindert.

Andererseits, wenn ich wirklich Hilfe benötige, dann ist das meist akut und nicht vorher planbar.

[Meine Mutter prüft gerade, ob das mit einem sog. „Hausnotruf“ für mich in Frage kommt, damit ich

abends/nachts und am Wochenende etwas sicherer bin, zumal ich dann keinen Schutz durch die Medikamente habe.]

Beim Psycho-Sozialen-Dienst war es genau so demotivierend: Ich war mehrmals dort, als ich noch nicht im Zentrierraum arbeitete und in der Firma vor lauter Terror täglich auf der Nase lag.

Nur zu offensichtlich zeigte sich, daß man dort auch nichts mit mir anzufangen wußte: In der Regel mußte ich dauernd von meinen Behinderungen erzählen, während die Damen dort (immer eine andere) stumm wie die Stockfische saßen und mich wie ein besonders seltenes Tier betrachteten.

Wie beim DRK waren die mehr an der Tatsache interessiert, daß ich bereits ein Buch über meine Krankheit geschrieben hatte, als daran, wie mein knallharter Alltag aussah und vor allem: wie man mir helfen könnte!

Insofern sind meine Publikationen eher ein „Hemmschuh“: Jeder ist erstmal „beeindruckt“, „bewundert“, wie „toll“ ich das Leben so „bewältigt“ habe - und versteht nicht, daß man trotzdem vor Ort, in seinem kleinen bescheidenen Leben als Arbeiter, oft allein und hilflos sein kann!

[In schlechten Phasen kann ich gar nichts mehr, dann brauche ich im wahrsten Sinne des Wortes jeman-

den, der mich „an die Hand nimmt“ und hochzieht bzw. mit mir die Schritte macht, bis ich wieder alleine Schritte machen kann.]

Daß ich zwar für Spezial-Neurologen ein „interessanter Fall“ sein mag, aber beim Hausarzt bzw. dessen Sprechstundenhilfe um jede Schachtel Tabletten betteln muß, so daß ich mich gar nicht mehr getraue, auch noch nach dringend nötiger Kranken- und Wassergymnastik oder Massagen für die verkrampten Muskeln zu fragen.

Immerhin diene das doch alles zum Erhalt meiner Arbeitsfähigkeit; es heißt doch immer so schön: „Rehabilitation geht vor Rente“!

Man hat mich schon bei verschiedener Gelegenheit gefragt, „warum ich nicht längst meine Rente beantragt hätte“, statt mich immer noch täglich herumzuquälen, den Verlust sämtlicher Freizeitaktivitäten zugunsten der Arbeit in Kauf zu nehmen und sogar selbst viel eigenes Budget und eigene Forschungsarbeit (sozusagen mein einziges „Hobby“ z.Zt.) in die Anstrengungen zu investieren, doch noch eine zufriedenstellende Therapiemöglichkeit für mich (und evtl. andere Betroffene) zu entwickeln [14]; die Krankheit sei ja doch stärker ...

### Ich brauche Hilfe vor Ort

Manchmal weiß ich selbst nicht mehr warum, immer wenn es Rückschläge gibt, wenn man bitter über all die Ungerechtigkeit wird, wenn man lernt, daß man eigentlich „dumm“ ist, wenn man sich tapfer zur Arbeit schleppt, egal wie.

Wenn ich sehe, wie junge gesunde Leute, die oft „blau“ machen, sich dadurch die Indikation für eine Kur verschaffen, während ein schwerbehinderter älterer Kollege, der sein Leben lang nur geschafft hat, selbst wenn er Schmerzen hatte, jahrelang vergebens auf den bereits rezeptierten Spezialstuhl vom Versorgungsamt wartete, bis er schließlich mit Bandscheibenvorfall im Kranken-



Susanne Schäfer

haus lag, dann könnte ich brüllen, kann nicht jemand mal Schluß mit diesem Wahnsinn machen?

Und wenn ich schon nicht mal Hilfe erhalte, obwohl ich danach frage, wie mag es da solchen armen Betroffenen gehen, die gerade aufgrund ihrer Krankheit (oder Unkenntnis unseres Systems) gar nicht fähig sind, zu fragen?

Bräuchten nicht gerade solche Menschen die Hilfe umso nötiger, als diejenigen, die lauthals lamentieren und genau wissen, wie sie aus ihrer Behinderung Kapital schlagen können?!

Der zuvor für mich zuständige „Autismus“-Professor (in Schweden), der mir bis dato jegliche Behandlungsoptionen versagt hatte, verweigerte die Zusammenarbeit mit meinem Somnologen in Deutschland, so daß erneut wertvolle Zeit verloren ging bzw. um ein Haar eine weitere Fehldiagnose gestellt wurde, was nur eine sehr beherzt eingreifende Dame von der DNG verhinderte.

Schon davor hatte man mir auch bei der hiesigen Autismus-Vereinigung zu verstehen gegeben, daß man dort „in erster Linie für die schwereren (d.h. auch geistig behinderten und oft nicht sprechfähigen) Fälle von Autismus zuständig sei“ und nicht für solch „gut funktionierende“ wie mich [1].

Daß es den oft im Verhältnis Personal-Behinderter 1:1 rund um die Uhr betreuten Betroffenen aber letztendlich besser (vor allem sicherer) erging als mir, die von einem körperlichen und psychischen Zusammenbruch zum nächsten taumelte und nicht mal das bißchen Hilfe erhielt, das ich so nötig für ein menschenwürdigeres Leben gebraucht hätte, übersah man dabei. (Abgesehen davon erhalten bei o.g. Verein auch durchaus sehr gut sprechende, ja regelrecht „intellektuelle Autisten“ umfangreiche Betreuung - scheinbar hängt das damit zusammen, welche Beziehungen man hat und wer seine Eltern sind. All dieses ist mit der Grund, weshalb wir heute diese Dia-

gnose nicht mehr akzeptieren, obwohl ich damals alle Kriterien dafür erfüllte.)

Ich brauche keinen ständigen Betreuer, aber jemanden, der mal bei Bedarf mit zum neuen Hausarzt (nachdem der ehemalige sich geweigert hatte, die Klinikbefunde anzuerkennen und Medikamente zu verschreiben), zur AOK oder in die Firma mitgegangen wäre für ein erklärendes Gespräch (oder auch mit ins Schwimmbad, weil ich da schon dreimal Hausverbot wegen „Gefahr für mich selbst und andere“ erteilt bekommen habe). Jemanden vor Ort (optimal wäre in der Nachbarschaft), an den man sich im Notfall wenden kann, und das auch außerhalb der Geschäftszeiten von DRK und Psycho-Sozialem Dienst (also „Hilfe auf Abruf“).

Mir ist nicht damit geholfen, daß, wenn ich mich hoffnungsvoll-verzweifelt an eine Hilfe versprechende Stelle oder einen Arzt wende, ich dort nur achselzuckend gesagt bekomme: „Sie wissen ja selbst doch mehr über Ihre Krankheit als ich ...“. Ich halte es außerdem für ein Armutszeugnis für die eigentlich zuständigen Stellen, daß z.B. der Chefarzt des Schlafforschungszentrums Deutschlands in seiner ohnehin kargen „Freizeit“ noch hinter meinem Bademeister, Sprechstundenhilfen meines Hausarztes u.ä. Problemherden hinterher telefonieren oder seine selbst erstellten Gutachten dem Versorgungsamt neu bestätigen/rechtfertigen muß - daß meine Mutter oder Helfer von der DNG stundenlange Ferngespräche in Sachen „Susanne“ führen müssen, daß meine Kollegen, die keinerlei akademische Ausbildung haben, die besseren „Psychotherapeuten“ für mich darstellen als professionelle, und daß sich mein Apotheker zehnmal mehr für mich engagiert als ein Hausarzt.

Ich bräuchte außerdem etwas mehr Therapiemöglichkeiten zum Erhalt meiner körperlichen Funktionen; man hört immer wieder, wie wichtig das ist [6], bzw. ich merke das auch

selbst. Man möge mir das nicht hier als Neid oder Mißgunst auslegen: Doch wieviele Stunden Kranken- oder Wassergymnastik könnte man auch nur für die 1:1-Betreuungskosten eines einzigen Tages bekommen?

Mit wie wenigen Kur- oder Krankenhaustage-Pflegesätzen wäre das für meinen Kollegen Karl dringend benötigte Hilfsmittel, ein orthopädischer Stuhl, auf den er seit 2 1/2 Jahren ein ärztliches Rezept hat, bezahlt?

Wäre es nicht klüger, den im Ansatz erkennbaren Schäden vorzubeugen statt zu warten, bis sie vollends durchbrechen?!

(Ich rede hier nur über die die Kosten - welches Leid das für den einzelnen Menschen bedeutet, interessiert die Ämter ja sowieso nicht.)

### Ohne meinen Arbeitsplatz würde ich zum „Pflegefall“!

Für mich selbst gibt es keine perfekte Lösung: Ich weiß nur, solange ich meine Mutter und meinen Arbeitsplatz habe, dazu die gelegentlichen Kontakte zur DNG und zum Chefarzt, so lange habe ich eine Chance, es weiterhin zu schaffen. Ich wüßte aber nicht, was wäre, fiel auch nur eine dieser vier „stützenden Säulen“ aus.

Mein Arbeitsplatz bedeutet mir sehr viel; es wäre sehr schlimm, wenn die Firma in Konkurs ginge oder ich auch nur die Abteilung wechseln müßte, weil evtl. meine uralten Maschinen wegrationalisiert würden.

Es ist nicht nur, daß ich eine Beschäftigung, ein Einkommen und einen Platz in dieser Gesellschaft habe. Ohne das Motiv, mich weiterhin arbeitsfähig zu halten, gäbe es ja gar keinen Grund mehr, gegen die Krankheit zu kämpfen, immer neue Behandlungsmöglichkeiten zu testen, sich für die Forschung zu engagieren und zu versuchen, sich durch vernünftige Ernährung und Bewegung (soweit möglich) zusätzlich fit zu halten.





Susanne Schäfer

Würde ich aber aufhören zu kämpfen und nach einem Lebenssinn zu streben, dann würde das direkten Einfluß auf den Krankheitsverlauf haben - und zwar einen sehr negativen!

Die Stimulation, die nötig ist, um mich wach und beweglich zu machen, wird nicht von den Medikamenten allein bewirkt: Ohne den zusätzlichen äußeren Reiz wie durch die Anforderungen der Arbeit und durch die Menschen in meiner Umgebung wären auch die stärksten zentralstimulierenden Medikamente fast wirkungslos [13].

Abgesehen davon, es gäbe ja auch gar keinen Grund mehr, welche einzunehmen (und Nebenwirkungen und diätische Einschränkungen dafür in Kauf zu nehmen):

Wenn ich nicht arbeiten gehe, dann kann ich ja ruhig zu Hause herumgammeln, dafür brauche ich keine so teuer erkaufte Wachheit ... und ich würde immer steifer und initiativloser, dann vielleicht tatsächlich ein „Pflegefall“.

Einen „Vorgeschmack“ auf solche Zustände hatte ich bereits mehr als einmal. Und wenn ich so betrachte, wie junge Menschen, die es mit etwas Hilfe auch „draußen“ schaffen könnten, durch das bequeme Leben in gewissen Heimen nur noch mehr jede Chance auf ein selbständiges Leben verbaut bekommen, dann dan-

ke ich dem Schicksal, daß mein Leben so verlaufen ist, wie es ist - und wenn es noch so hart war - und daß ich heute an dem Platz bin, an dem ich bin ... unter Leuten, die noch ein gesundes Verhältnis zur Realität haben und mich eigentlich „ganz normal“ behandeln.

Mein Arbeitsplatz gibt mir also den Grund „für den es sich lohnt, wach bleiben zu wollen“!

Mögen wir beten zu Gott und dem Universum, daß die Kitt-Loh und meine lieben Menschen mir noch lange erhalten bleiben werden!

### Referenzen

[1] Blohm, H. (1996-1998): Persönlicher Briefwechsel mit der Verfasserin.

[2] Broughton et al. (1984): Comparison of the psychosocial effects of epilepsy and narcolepsy cataplexy: a controlled study. *Epilepsia* 25: 423-433.

[3] Deonna, T. (1986) DOPA-sensitive progressive dystonia of childhood with fluctuations of symptoms – Segawa's syndrome and possible variants. *Neuropediatrics* 17: 81-85.

[4] Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft e.V. (1995-1998): diverse „Der Wecker“-Hefte und Sonderdrucke.

[5] Guilleminault, C. et al. (1998): Narcolepsy in prebutertal children. *Ann. Neurol.* 43(1): 135-142.

[6] Henneberg, A. (1997): Parkinson – zu neuem Gleichgewicht finden. *Verlag Herder, Freiburg i.B.*: 46 –49 und 83-95.

[7] „Hilfe für das autistische Kind“ (1996-1998): diverse >>autismus<<-Hefte.

[8] Kotagal S (1996): Narcolepsy in children. *Semin. Pediatr. Neurol.* 3 (1): 36-43.

[9] Leu, F.-R. und Meier-Ewert K (1994): Sozialmedizinische Folgen der Narkolepsie. *Wiener Med. Wochenschrift Sonderheft*: 82.

[10] Mayer, G et al.(1993) Zur Einschätzung des Behinderungsgrades bei Narkolepsie. *Gesundheitswesen* 55: 337-342.

[11] Meier-Ewert, K. (1989): Tages-schläfrigkeit. *VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim*: 57-123.

[12] Schäfer, S. (1997): Sterne, Äpfel und rundes Glas. *Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart*.

[13] Schäfer, S. (1998a): Die „Schlafkrankheit“ NARKOLEPSIE - ein Erfahrungsbericht über Lachschlag, Schrecklähmung und Pennen in Pappkartons. *Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart*.

[14] Schäfer, S. (1998b): Parkinson-Medikamente in der Behandlung der Narkolepsie – vom „vergessenen“ L-Dopa bis zum neuartigen COMT-Hemmer. *Eigenverlag*.

[15] Segawa, M. et al. (1976): Hereditary progressive dystonia with marked diurnal variation. *Adv. Neurol.* 14: 215-233.

[16] Versorgungsamt Mainz (1993-1998): Schriftverkehr und Akten betr. GdB der Verfasserin.

[17] Wise MS (1998): Childhood narcolepsy. *Neurology* 50 (Suppl 1): 37-42. \*

### Literaturtip:

**Susanne Schäfer:** Sterne, Äpfel rundes Glas - Mein Leben mit Autismus. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1997

**Susanne Schäfer:** Die „Schlafkrankheit“ Narkolepsie - Ein Erfahrungsbericht über Lachschlag, Schrecklähmung und Pennen in Pappkartons. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1998

## Meine Arbeit in der Spülküche im Krankenhaus Boberg

von Anna Miehlich - Hamburg (Diktiert)

Ich habe im Februar im Krankenhaus mein Praktikum in der Küche angefangen. Am Anfang mußte ich nur bis 1 Uhr arbeiten, aber jetzt schaffe ich es bis 14.20 Uhr, wenn die anderen auch aufhören. Ich habe mich richtig eingelebt in der Küche. Ich finde es richtig schön da und meine Arbeit macht mir Spaß. Ich hab schon eine ganze Menge gelernt und ich weiß schon, wie der ganze Tag abläuft. Man kommt da an, und zieht sich um und dann kommt als erstes das Frühstücksgeschirr. Das nehmen wir von den Wagen herunter und tun es in die Spülmaschine. Wir haben zwei Spülmaschinen. In die eine, wo ich bin, kommen die Tablettts und die Plastikschüsseln und die Stahlschüsseln rein und in der anderen die Töpfe, das Besteck und das Geschirr. Das Geschirr wird vorne reingesteckt und kommt hinten sauber wieder raus. Die sauberen Tablettts kommen auf Tablettwagen und die Plastiktöpfe und Stahlgeschirr auf einen Extrawagen. Meistens werden die vollen Wagen von der Küche abgeholt. Manchmal schiebe ich die Wagen in die Essensküche. Halb elf wird der Boden sauber gemacht. Da wird zuerst alles mit Seifenwasser naßgespritzt und dann wird geschrubbt und dann mit sauberem Wasser alles naßgespritzt. Zum Schluß wird das Wasser mit einem Abzieher abgezogen. Um 11.30 ist die große Pause. Da holen wir unser Essen aus der Essensküche. Denn in der Essensküche wird da schon das Essen für die Patienten aufgefüllt. Besonders gerne esse ich Hühnchen, Spaghetti und Fleisch. Suppen esse ich da nicht. Dann kommen die Stationswagen von den Patienten runter und wir machen das Mittagessen-Geschirr sauber. In der Essensküche machen sie schon das Abendbrot. Von zwölf bis viertel nach zwölf kommen die vielen braunen Tablettts, die kommen zuerst dran, weil sie zuerst wieder gebraucht werden. Ab

halb eins kommen die Stationswagen mit den grauen Tablettts dran. Ab eins kommen die Kasinotablettts. So gegen zwei ist fast alles geschafft. Dann machen wir noch die Maschinen sauber und setzen uns in den Aufenthaltsraum und unterhalten uns, bis der Boß kommt und uns Tschüß sagt. Dann dürfen wir uns umziehen und nachhause gehen. Das ist der Tagesablauf.

Und jetzt will ich ein bißchen davon erzählen, wie ich zu meiner Arbeit gekommen bin, und etwas über die Kollegen erzählen und vom Boß. Ich bin ja behindert und so kamen meine Eltern auf die Idee, daß wir zur Arbeitsassistentz gehen und daß ich die kennenlerne. Und da haben wir uns dort getroffen und haben uns unterhalten, was ich machen könnte und wozu ich Lust habe. Da mußte ich eine ganze Menge von mir erzählen und meine Eltern haben auch was gequatscht. Dann haben wir ganz, ganz lange gewartet und in der Zeit hat die Arbeitsassistentz nach einer Küche gesucht. Deswegen hatte ich verlängerte Sommerferien. Es war Anfang September 1997, da kam ich zu Hauni in die Küche. Dort blieb ich bis Januar. Dann haben wir wieder mit der Arbeitsassistentz ein Treffen gemacht, wie es weitergehen soll. Und da haben wir ausgemacht: wieder ein Job in der Küche. Und im Februar kam ich in die Küche vom Boberger Krankenhaus. Das war praktisch, das ist bei uns in der Nähe. Ich fahre sogar mit dem Fahrrad da hin.

Die Arbeitsassistentz hilft uns Behinderten in der Arbeitswelt. Ich habe Marie-Theres, Jessi und Ilja. Jessi



Anna Miehlich

kommt Montags und Dienstag und Marie-Theres Donnerstags und Freitags. Mittwochs habe ich Berufsschule. Ilja kommt, wenn Marie-Theres oder Jessi nicht können. Die Arbeitsassistentz hat für mich nach der Küche gesucht. Marie-Theres, Jessi und Ilja haben mich auf die Arbeit vorbereitet. Sie arbeiten mit mir zusammen und helfen mir, wenn ich Schwierigkeiten habe. Sie beobachten mich, wie ich arbeite und bemerken, daß ich schneller geworden bin und daß ich schon beinahe ohne sie arbeiten kann. Ich war schon ein paar Tage allein im Krankenhaus und schon öfters haben Jessi oder Marie-Theres gesagt, daß ich ganz toll war beim Rausholen der Tablettts. Ich habe die Arbeitsassistentz ganz, ganz gerne. Ich finde es gut von Marie-Theres, daß ihr das auffällt, daß ich so gut geworden bin. Ich finde es ganz schön, daß die Arbeitsassistentz sich für uns Behinderte einsetzt. Denn wir müssen auch einen Job haben.

Jetzt will ich etwas von den Kollegen erzählen und vom Boß. Am ersten Tag war ich ein bißchen ängstlich, aber das hat sich bald wieder gelegt, als ich meine Kollegen ein bißchen kannte. Wir sind ungefähr sieben Kollegen in der Spülküche. Stefan fand ich gleich sympatisch, aber auch die Frauen habe ich ganz doll lieb. Sie erklären mir alles, wie es funktioniert und ich habe es schnell verstanden. Und auch den Boß, Herrn Schmidt, habe ich ganz gern. Er hat mir auch eine Menge erklärt und er hat mir Petrus vorge-

stellt. Der ist sozusagen der Zweitboß, wenn der Boß mal nicht da ist. Jedesmal, wenn ich Stefan oder Petrus sehe, muß ich gleich zu ihnen hinlaufen und sie begrüßen. Und wenn sie bei der Arbeit vorbeigehen, winke ich ihnen immer zu. Ich habe ein besonderes Gefühl zu Stefan, wenn wir zusammen arbeiten. Ich fühle mich mit ihm wie ein Team. Er arbeitet vorne an der Maschine und ich hinten. Ich habe sofort gemerkt, daß mich alle mögen und die Frauen nehmen mich in den Arm. Wenn nichts los ist, gehe ich öfters in die

Essensküche und sehe mich da um. Und meine Kollegen aus der Spülküche erzählen alles, was ich getan habe. Sie sind richtig stolz auf mich. Am Anfang war ich noch langsam, aber dann bin ich schneller geworden. Jetzt bleibt die Maschine nur noch manchmal stehen. Das haben sie auch dem Boß erzählt.

Im Moment weiß ich noch nicht, wie es mit der Arbeit weitergeht. Wir bekommen neue Maschinen und die tun alles automatisch. Aber ich will mein Ziel erreichen, daß ich eine Arbeit finde. \*

## Über meine Tätigkeit als blinder Dokumentationsassistent beim Verein spectrum e.V.

von Jochen Schäfer - Marburg

*Ich bin von der Vorsitzenden des Vereins spectrum e.V. darum gebeten worden, für diese Zeitung einen Artikel über meine jetzige Tätigkeit als unterstützter Arbeitnehmer zu schreiben, der ich hiermit nachgehe.*

### „Dokumentationsassistent - was macht man denn da?“

Solche und ähnliche Fragen bekomme ich wieder und wieder gestellt, wenn ich sage, was ich von Beruf bin. Die Leser dieses Blattes werden darauf gleich einige Antworten kriegen. In der Berufsbezeichnung steckt das Wort „Dokumentieren“. Bestimmte Dinge - meist sind es Zeitschriftenartikel, Bücher, aber beispielsweise auch Rundfunksendungen - werden dokumentarisch erfaßt. Arbeitete man früher nur mit Karteikarten, so bietet die EDV gerade dem Sehgeschädigten eine wesentliche Arbeitserleichterung - da er ja die Karteikarten meist nicht sieht! In meiner Ausbildung am DIPF (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung) in Frankfurt habe ich übrigens tatsächlich mit Karteikarten gearbeitet, die ich auf meinen Scanner legte und dadurch

den Inhalt lesen konnte. In meiner heutigen Tätigkeit an meinem Außenarbeitsplatz in der Deutschen Blinden-Bibliothek (Deutsche Blindenstudienanstalt, Marburg) dokumentiere ich vor allem Zeitschriften zum Blindenwesen. Diese werden per EDV nach bestimmten Kriterien in eine Datenbank eingetragen. In dieser kann man die Artikel, aufgeschlüsselt nach Autor, Titel, Schlagwort, Seitenzahl, Heftnummer sowie Jahrgang, abrufen. Sie ermöglicht dem Benutzer, der zum Beispiel etwas Spezielles sucht, bestimmte Funktionen. Er kann zum Beispiel die Artikel eines bestimmten Autors bzw. Jahrgangs in chronologischer Folge abrufen, um nur eine Funktion zu nennen. Für mich als Nichtsehendem sind für diese Tätigkeit - außer den Zeitschriften selbst - einige Hilfsmittel unerlässlich. Es versteht sich von selbst, daß man dafür einen Computer braucht (den brauchen Sehende auch). Unten an diesem Computer ist nun aber eine Zusatzvorrichtung, die dem Blinden den Bildschirminhalt zeilenweise in Punktschrift wiedergibt (die sog. Braille-Zeile, benannt nach Louis Braille, dem Schöpfer der Punktschrift). So ist es mir z. B. auch möglich, gescannte Texte zu lesen. Die

Braille-Zeile ist, da sie kein Serienartikel ist, das teuerste Hilfsmittel (ca. 80.000 DM!). Der Computer besitzt auch eine sog. Audiobox, um den Bildschirminhalt auch akustisch wahrnehmen zu können. Der Computer kann über diese Audiobox den Inhalt des Bildschirms vorlesen. Ich muß allerdings ehrlich sagen, daß ich eher die Braille-Zeile bevorzuge, da ich dadurch ein differenziertes Schriftbild vor mir habe. Der blinde EDV-Anwender besitzt zwei Drucker. Sie als Laien werden jetzt natürlich verwundert fragen: Warum zwei? Die Antwort ist einfach. Gerade an der Blindenstudienanstalt kommt es auch vor, daß ein Blinder zu einem bestimmten Thema Anfragen hat, und der möchte nun einen Ausdruck in Braille-Schrift haben, so daß er sich die Literaturangaben z. B. zu Hause oder im Zug ansehen kann. Von daher ist als zusätzlicher Drucker ein sog. Braille-Drucker nötig, der den Inhalt einer Datei in Braille-Schrift ausdrückt. Darüber hinaus besitze ich an meinem Arbeitsplatz auch einen „normalen“, nämlich einen Tintenstrahldrucker. Desweiteren habe ich einen Scanner, mit dem ich in Schwarzschrift geschriebene (gedruckte, nicht aber handschriftliche) Texte lesen kann.



Zur Zeit arbeite ich noch mit DOS und Windows 3.11, in den nächsten Wochen wird mein Computer auf Windows 95 umgerüstet, um auch als Blinder Zugang zum Internet zu bekommen. Mit Hilfe eines bestimmten Anpassungsprogrammes, das von speziellen Blindenhilfsmittelfirmen entwickelt wurde, ist es möglich, daß ein Blinder Texte in Windows lesen kann; Grafiken können nicht umgesetzt werden. Die Befehlseingabe erfolgt hier nicht, wie bei Sehenden, per Maus, sondern per Tastatur. Da ich bis jetzt noch nicht über Internet-Erfahrungen verfüge, kann hierüber an dieser Stelle nicht berichtet werden. Von blinden Freunden weiß ich aber, daß die Arbeit mit dem Internet für Blinde möglich ist.

### Wer erteilt Aufträge?

Die Aufträge bekomme ich von meinem direkten Vorgesetzten, der in der Dokumentationsstelle der Blindenstudienanstalt arbeitet. Weitere Aufträge erhalte ich beispielsweise von blinden Lehrern, die an der der Blindenstudienanstalt angegliederten Carl-Strehl-Schule (Gymnasium für Blinde) arbeiten. Manchmal bekomme ich auch von Marburger Gaststätten den Auftrag, Speisekarten in Braille-Schrift zu übertragen. Dies funktioniert folgendermaßen: Man gibt mir die Originalkarte, die ich scanne und korrigiere. Dieser nun korrigierte Text wird zur Bearbeitung an die Braille-Druckerei der Deutschen Blindenstudienanstalt weitergegeben. Die Lokale bezahlen (zumindest ist dies für zukünftige potentielle Aufträge vorgesehen) die Übertragung in Braille-Schrift.

### Arbeitsverhältnis und Arbeitsplatz

Mein Arbeitsverhältnis bei spectrum begann nach Beendigung meiner regulären Ausbildung im Oktober 1997. Es ist ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, das Arbeitsamt fördert aber nur für die ersten Jahre nach dem gestaffelten Modell: 80% der



Jochen Schäfer

Gesamtkosten für das erste Jahr, 70% für das zweite und 60% für das dritte. Da der Verein noch immer recht klein ist und man bisher keine Regelung einer Finanzierung durch öffentliche Sozialhilfeträger erreichen konnte, werden die Restkosten meines Arbeitsplatzes durch private Mitgliederspenden finanziert. Langfristig - und hierbei spreche ich im Namen aller meiner KollegInnen - ist die Finanzierung aus privater Hand keine Lösung. Um der Zukunft der Unterstützten Beschäftigung Behinderter an Außenarbeitsplätzen eine reale Chance zu geben, muß eine Förderung durch staatliche Mittel gewährleistet werden, wie auch immer diese aussehen wird. Zur Zeit ist es leider noch immer viel zu oft so, daß potentielle kompetente ArbeitnehmerInnen aus Kostengründen keine Arbeit finden und dadurch arbeitslos werden. Vor allem für Behinderte sehe ich darin eine besonders große Gefahr. Das Modell der Unterstützten Beschäftigung an Außenarbeitsplätzen, das der Verein spectrum bereits seit einigen Jahren realisiert, ist ernsthaft in Gefahr, wenn nicht baldmöglichst öffentliche Gelder locker gemacht werden! Fast alles wird bisher von anderen Stellen aufgebracht. Wenn diese Gelder aber demnächst nicht mehr hineinkommen, so könnte das das Ende meines hiesigen Arbeitsverhältnisses bedeuten, und ich müßte mir etwas

anderes suchen. Da ich aber sehr gerne für diese Institution arbeite, die mir aus Schülertagen schon bestens bekannt ist, würde dies einen Verlust darstellen - und dies nicht nur für mich, denn mit meiner Arbeitsleistung ist man sehr zufrieden, da sie auch künftigen Generationen, die sich mit dem Blindenwesen befassen, viel bringen kann. Arbeitete ich im letzten Jahr in einem isolierten Gebäude, in dem vornehmlich Wohnräume untergebracht waren, so bin ich jetzt integriert in der Deutschen Blinden-Bibliothek neben einer Kollegin, die mir hin und wieder auch einige Fragen stellt, die mit der Braille-Schrift zu tun hat, da die Kollegin diese Schrift selbst nicht beherrscht.

### Zukunftswünsche

Als ich im letzten Oktober mit meiner Arbeit in dem „isolierten Gebäude“ begonnen habe, rechnete noch niemand damit, daß ich ein Jahr später hier in der Bibliothek sitzen würde, da ich ja kein regulärer Mitarbeiter dieser Institution bin, sondern lediglich ein externer. Ich sitze zwar heute noch in einem Raum alleine, aber nebenan sitzen Kollegen, wie oben schon angeschnitten, mit denen ich in Kontakt komme. Bisher erstreckte sich dieser soziale Kontakt lediglich auf Gespräche mit meinem direkten Vorgesetzten, der durch eine

Umstrukturierung der Blindenstudienanstalt jetzt etwas weiter entfernt von meinem Arbeitsplatz sitzt, wir also noch weniger miteinander zu tun haben als vorher. Für die nächste Zukunft wünsche ich mir zum einen, daß ich auch nach den drei Jahren an der Blindenstudienanstalt - gegen Geld - weiterarbeiten kann, und zum

anderen (das wird aber aufgrund der finanziellen Lage der Blindenstudienanstalt ein eher utopischer Wunsch sein), daß ich demnächst übernommen werden kann. Sollte das aber nicht möglich sein, so möchte ich später in ein anderes normales Arbeitsverhältnis übernommen werden. \*

nen, mit vielen verschiedenen Leuten zusammenzuarbeiten. Jetzt bin ich vorwiegend mit einem Kollegen zusammen, der mir eine Menge Sachen beibringt. Von meinen Kollegen fühle ich mich akzeptiert und als Mensch angenommen. Das macht mich stolz. Die Belastung auf der Arbeit ist sehr viel größer als in der Werkstatt. Doch das ist kein Problem für mich, da ich große Freude an meiner Arbeit habe.

## Jetzt mache ich endlich die Arbeit, die ich immer machen wollte

von *Sven Marquardt - Eutin*

Mein Name ist Sven Marquardt. Ich wohne seit drei Jahren in der Eutiner Wohnstätte. Diese ist eine Institution der Ostholsteiner Behindertenhilfe. Sieben Jahre habe ich in den Eutiner Werkstätten gearbeitet. Irgendwann habe ich dann vom Fachdienst für berufliche Integration Ostholstein (FABIO) gehört. Die Mitarbeiter waren öfter bei uns in der Werkstatt. Ich wußte nicht, was die machen, und habe meinen Gruppenleiter gefragt. Der hat mir dann erzählt, daß die Praktikumsplätze für uns bei anderen Firmen suchen.

So habe ich mich vor zwei Jahren bei FABIO gemeldet. Die Mitarbeiter von FABIO haben gleich für mich eine Akte angelegt. Ich habe auch an einem Lehrgang von FABIO teilgenommen. Dann habe ich in einem Krankenhaus einen Praktikumsplatz bekommen. Ich habe mich so sehr darüber gefreut, daß ich in die Luft gesprungen bin. Im Krankenhaus habe ich 12 Wochen im Hausmeisterbereich gearbeitet. Danach bin ich wieder in die Werkstatt zurückgegangen. Es hat lange gedauert, bis sich Frau Nitsche von FABIO wieder an mich gewandt hat. Dann ist alles ganz schnell gegangen. Frau Nitsche hatte einen Praktikumsplatz für mich in einem Elektrobetrieb. Ich bin mit Frau Nitsche zu einer Baustelle gefahren und dort hat sie mich meinen Kollegen vorgestellt. Ein paar Tage später habe ich dann mit meinem Praktikum begonnen.

Das Praktikum hat mir großen Spaß gemacht. Doch am meisten gefreut habe ich mich, als ich dort als Bauhelfer übernommen wurde. Seit September 1998 bin ich nun fest in dem Elektrobetrieb eingestellt. Für mich hat sich viel verändert. Die Arbeit macht mir großen Spaß, sehr viel mehr als in der Werkstatt. Dort habe ich mich oft unterfordert gefühlt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Ich mache nun eine Arbeit, die ich mir immer gewünscht habe, und die mir liegt. Die Kollegen helfen mir, erklären mir sehr viel. Dadurch lerne ich sehr viel. Dies macht mich zufrieden. Inzwischen habe ich verschiedene Baustellen kennengelernt. Allerdings mußte ich mich daran gewöh-

Während meines Praktikums war Frau Nitsche von FABIO öfter bei mir auf der Arbeit. Wir haben viel über das, was ich mache, geredet. Oft mußte ich ihr erklären, was ich für Arbeiten zu erledigen habe. Dabei habe ich gemerkt, wieviel ich schon gelernt habe und was ich alles weiß. Das fand ich gut. Es hat mir auch Sicherheit gegeben, daß da jemand ist, der sich um alles kümmert. Frau Nitsche hat dann auch alles mit dem Arbeitgeber klargemacht, als es zur Einstellung kam. Manchmal fand ich es auch nervig, wenn sie mich wieder auf der Arbeit besuchte. Ich fühlte mich in meiner Arbeit unterbrochen, wenn sie kam. Als Tip an FABIO: Es wäre besser, die Besuche langsam weniger werden zu lassen. \*



Sven Marquardt (re.)

# Sachbearbeiter des Sozialamtes mit Arbeitsassistentenz

von Frank Schäfer - Darmstadt

Am 01.01.1988 habe ich beim Kreis Ausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg als Inspektorwärter für den gehobenen Dienst ein dreijähriges, berufsbezogenes Studium begonnen.

Der theoretische Teil des Studiums fand an der Verwaltungsfachhochschule Darmstadt statt. Der praktische Studienbereich in der Behörde bestand darin, daß die zentralen Abteilungen durchlaufen wurden, wobei die Aufenthaltsdauer maximal zwei Monate pro Station betrug.

Wegen meiner Erblindung stand mir an Hilfsmitteln eine tragbares Schreibgerät mit einer 20er Braillezeile sowie einem Diskettenlaufwerk, ein Personalcomputer, ein Schwarzschriftdrucker und ein Scanner zur Verfügung.

Die erforderliche EDV-Schulung sowie die Einarbeitung in den Umgang mit den Hilfsmitteln erfolgte in einem Berufsförderungswerk für Blinde und hochgradig Sehbehinderte.

Die Anschaffungskosten für die Hilfsmittel sowie die genannten Schulungsmaßnahmen wurden von der Hauptfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen zu 75% finanziert. Die Zuständigkeit der Arbeitsverwaltung schied von vornherein aus, da ich im Beamtenverhältnis beschäftigt war.

Durch das tragbare Schreibgerät war es mir jederzeit möglich, gerade während der Theorie in der Verwaltungsfachhochschule umfangreich Informationen blindengerecht aufzuzeichnen. Das übrige Unterrichtsmaterial habe ich mir teilweise mit dem Scanner zugänglich gemacht, teilweise wurde es von meiner Arbeitsplatzassistentin auf Disketten übertragen oder auf Kasette aufgelesen. Da während des

Studiums u.a. zahlreiche Gesetzestexte benötigt wurden, wurden diese, soweit möglich, in Punkschrift angeschafft.

Im Zeitalter der Notebooks, Laptops und CD-ROMs dürfte sich die Materialbeschaffung für Blinde und hochgradig Sehbehinderte nach meiner Einschätzung inzwischen noch verbessert haben.

Eine Arbeitsplatzassistentenz wurde mir mit einer Halbtagsstelle zur Verfügung gestellt, wobei die Inanspruchnahme nicht ausschließlich auf die Vormittagsstunden begrenzt war. Diese Flexibilität war, auch während des theoretischen Teils des Studiums, zwingend erforderlich. Z.B. Klausuren und Prüfungen konnten trotz der genannten Hilfsmittel nur mit der Arbeitsplatzassistentenz absolviert werden (Vorlesen der Aufgabenstellung bzw. der zugrundegelegten Sachverhalte, Heranziehung von Gesetzestexten, die nicht in Punkschrift zur Verfügung standen, usw.). Es versteht sich von selbst, daß Klausur- und Prüfungstermine über eine Studienzeit von 3 Jahren nicht immer zur selben Zeit am Vormittag angesetzt wurden.

Nach erfolgreicher Absolvierung der Abschlußprüfung zum Diplomverwaltungswirt bin ich seit 01.10.1991 als Sachbearbeiter im Beamtenverhältnis in der Kreisverwaltung tätig. Mein Aufgabengebiet umfaßt die Gewährung von Sozialleistungen im Rahmen der Kriegsofferfürsorge. Die Tätigkeit ist dem Grunde nach mit der Gewährung von Sozialhilfeleistungen vergleichbar. Das Sachgebiet umfaßt auch Publikumsverkehr (Antragsteller/innen und/oder ihre Angehörige, Unterhaltspflichtige, usw.).

Die Arbeitsplatzausstattung wurde durch eine 80er Braillezeile und eine Sprachausgabe für den Personal-

computer ergänzt. 75% der Kosten hat erneut die Hauptfürsorgestelle des LWV Hessen übernommen. Die Kosten für inzwischen notwendig gewordene EDV-Fortbildungsmaßnahmen, die wiederum in einem Berufsförderungswerk für Blinde und hochgradig Sehbehinderte stattfanden, wurden ebenfalls vom LWV Hessen finanziert.

Im Einzelfall kann es sinnvoll sein, die EDV-Schulungen direkt am Arbeitsplatz vorzunehmen. Angebote, z. B. der Hilfsmittelfirmen, können in Anspruch genommen werden.

Die Arbeitsplatzassistentenz umfaßt weiterhin eine Halbtagsstelle. Die Mitarbeiterin sitzt aber ganztags im gleichen Büro, steht somit jederzeit zur Verfügung. Der Umfang der Assistentenz (Halbtagsstelle) reicht für dieses Sachgebiet aus, es kann allerdings nicht der Schluß gezogen werden, daß dies für alle denkbaren Sach- oder Aufgabengebiete in der Verwaltung gilt.

Die ganztägige Verfügbarkeit der Assistentenz ist unerlässlich, da trotz der technischen Hilfsmittel nicht von vornherein feststeht, zu welchen Zeiten diese benötigt wird.

Die Kosten für die Arbeitsplatzassistentenz wurden und werden von meinem Dienstherrn, dem Kreis Ausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, getragen.

Es sei festzuhalten, daß Blinde und hochgradig Sehbehinderte in der Lage sind, in der Verwaltung als Sachbearbeiter/in eingesetzt zu werden. Voraussetzung ist, daß die benötigten Hilfsmittel und im erforderlichen Umfang eine Arbeitsplatzassistentenz zu Verfügung stehen und eine effektive EDV-Schulung zwecks optimaler Nutzung der Hilfsmittel durchgeführt wird. \*



## „Die Ausbildungszeit“

von *Jens-Jürgen Kerkovic, Unterstützter Arbeitnehmer im Hamburger Weltwirtschaft - Archiv*

Am zweiten Dezember 1996 fing Alles an. Herr Ciolek, der Leiter der Hamburger Arbeitsassistenten, gab Herrn Kerkovic die Schlüssel seiner Ausbildung in die Hand. Sie standen vor der Pforte des Krankenhauses Alten Eichen, wo sie auf einen offenen Mann trafen, der Herr Kerkovic einen Praktikumsplatz zur Verfügung stellte. Zu Herrn Kerkovic Aufgaben gehörten: Auskunft an die Besucher und die Wegweisung zur jeweiligen Station der Angehörigen. Außerdem das Freischalten der Telefonkarten für die Patienten sowie das Erstellen der Rechnungen. Später wurde er in den Telefoncomputer eingewiesen. Er erlernte das Parken von Telefongesprächen und lernte immer wiederkehrende Situationen kennen. Wie zum Beispiel: Die Anmeldung der Rettungsleitstelle Hamburg für einen Notarztwagen (NAW) oder ein in Kürze eintreffender Rettungswagen mit Blaulicht. Auch die Herausgabe von Schlüsseln und Piepern für das medizinische Personal gehörten zu den Aufgaben.

Das zweite Praktikum fand in der Pforte des Botanischen Gartens Hamburg statt. Hier standen der Verkauf von Informationsbroschüren und Gartenbüchern auf der Tagesordnung. Herr Kerkovic hatte darauf zu achten, dass die Gartenordnung von den Besuchern eingehalten wird. Zur Kontrolle machte Herr Kerkovic einen sogenannten Rundgang und lernte den Umgang mit dem Funkgerät. Die Pforte des Botanischen Gartens hatte ein Servicetelefon eingerichtet, an dem die Besucher spezielle Fragen zu Pflanzen den Kollegen äußern konnten, die sie dann an eine weitere Kollegin verwies. Herr Kerkovic machte den Telefondienst auch und hatte dabei großen Spaß.

Das dritte Praktikum fand in der Regressabteilung der Hamburger

Techniker Krankenkasse, Hauptverwaltung, statt. Herr Kerkovic lernte den Verwaltungsakt kennen, der anfällt, wenn ein Mensch Regressansprüche hat. In sein Tätigkeitsfeld fielen: Rechnungen schreiben und das Erstellen von Briefen anhand von Textbausteinen.

Aus der Tätigkeit, der Herr Kerkovic jetzt nachgeht, ist ein Arbeitsplatz geworden. Der Arbeitsplatz befindet sich in der Bibliothek des Hamburger Weltwirtschaft - Archivs (HWWA); er hat dort rückwirkend zum 1. April 1998 eine Anstellung als Pförtner im Bereich der Türkontrolle gefunden. Die Aufgaben

sind: Herr Kerkovic muß darauf achten, dass die Leute Ihre Jacken, Mäntel und Taschen ablegen, dass sie sich danach in eine Besucherstatistik eintragen. Er hat dort eine Wechselkasse, wo er Scheine in Hartgeld umwechselt, damit die Besucher kopieren können. Dann guckt er die gemachten Kopien auf Bibliotheksbestände durch, indem er sie kurz durch seine Finger gleiten läßt. Auch der Umgang mit dem Faxgerät ist fast täglich gefragt, denn das HWWA hat in Eppendorf eine Zweigstelle, wo Leihscheine rübergefakt werden müssen.

An dieser Stelle geht ein herzliches Dankeschön an alle diejenigen, die es möglich gemacht haben, dass Herr Kerkovic dem HWWA eingestellt werden konnte. \*

## Ich arbeite im Haus der Senioren

von *Alena Hinz - Gießen*

Ich arbeite seit dem 1. April 98 im Haus der Senioren:  
Aktives Leben im Alter e.V.  
Pflege und Betreuung  
Schulstraße 28, 35305 Grünberg

Meine Arbeitssituation ist gut. Für mich ist Ordnung, Hygiene, Verständnis an der Arbeit wichtig. Ich habe meine Arbeitsstelle durch Projekt Transwork 2000 Qualifizierung zur Helferin / zum Helfer in Altenheim Lebenshilfe Kreisvereinigung Gießen e.V. erhalten (Rathenauerstr. 5, 35394 Gießen).

Ich werde unterstützt von Oberschwester Brigitte Krumm und durch Edeltraud Koller. Ich habe bis jetzt ein gutes Verhältnis mit Kolleginnen und

mit dem Chef verstehe ich mich auch gut. Ich darf keine Medizin aus teilen, ich bin nicht richtig ausgebildete Pflegerin. \*



Alena Hinz

## Mein Arbeitsplatz im Café Lotte

von Dirk Wulsten - Hamburg

Bevor ich über meine neue Arbeitsstelle erzähle, möchte ich mich kurz vorstellen. Ich heiße Dirk Wulsten und bin 32 Jahre alt. Ich habe viele Hobbies: Musik hören, nähen, stricken, Disco, Sport usw. Ich wohne seit 1994 in einer betreuten Wohngruppe in Meckelfeld vor den Toren Hamburgs. Ich habe insgesamt 12 Jahre in zwei verschiedenen Werkstätten für Behinderte gearbeitet. Und zwar in unterschiedlichen Gruppen im Gartenbereich, Küche und Reinigung, Näherei und Elektromontage. Mein Betreuer Frank Schmoll aus der Wohngruppe hat mir irgendwann den Tip gegeben, mich doch bei der Hamburger Arbeitsassistentin zu bewerben. Die würden Arbeitsplätze für Behinderte außerhalb der Werkstatt für Behinderte suchen. Das hab' ich dann auch getan, da Frank Schmoll mir das auch zutraute. Er meinte, ich sei sehr zuverlässig und fleißig. Ich mußte dann aber über ein Jahr warten, bis Berthold Grund, ein Mitarbeiter von der Hamburger Arbeitsassistentin, einen Arbeitsplatz für mich gefunden hatte. In einem Café in Hamburg-Altona. Meine Eltern, mit denen ich viel telefoniere, hatten etwas Angst, daß ich aus der Werkstatt gehe, aber Berthold Grund hat ihnen erzählt, daß es ein toller Arbeitsplatz ist und er mir auch auf der Arbeit weiter hilft.

### Wie und wo arbeite ich?

Ich bin z.B. in Altona bei der Holstenstraße in der Hospitalstraße 107 (Haus 3) tätig. Und zwar im Café Lotte (einst Röpers Hof) hauptsächlich für das Säubern, der Toilettenräume, Küche Gaststube etc. Sowie fegen, feuchtmachen, wischen etc. Sonstiges: Gartenarbeit, draußen den Müll einsammeln, Lebensmittel tragen, etc.

Meine alltägliche Arbeitszeit ist von 8.00 bis 14.00 und von 12.00 bis

12.30 habe ich meine Mittagspause und bekomme dann auch dort warmes Essen.

Unterstützt werde ich von meinen Chefs: Renate Radtke und Udo Sierck und meinen Arbeitsbegleitern Christa Hertig-Kropp und Berthold Grund, weil ich auch z.B. meine Arbeitsstelle über Berthold Grund gefunden habe. Wichtig ist mir dabei, wie ich noch andere Dinge lernen kann, wen ich per Fragen dementisprechender Dinge ansprechen kann, wie ich mich auch verhalte und benehme, damit ich auch dort vielleicht bis zu meiner Rente bleiben kann etc.

Mein Verhältnis zu meinen KollegInnen und den Chefs ist so gut, daß ich mich auch so in Versuchung gebe, mich nicht mal mit denen zu streiten, immer Tips etc. annehme, und daß sie es auch ganz toll finden, daß ich immer hilfsbereit bin, etc.

Ich würde mir z.B. noch wünschen: daß immer noch Sachen eingekauft werden, die im Haushalt fehlen, Reparaturen von kaputten Sachen etc. \*



Dirk Wulsten

## Das Café ‚Lotte‘

Seit Ende August 1998 hat das Café & Restaurant ‚Lotte‘ im ‚Haus 3‘ eröffnet. ‚Lotte‘ ist der Nachfolgebetrieb des vielbeachteten und erfolgreichen ‚Röpers-Hof-Café‘. Auch ‚Lotte‘ will deutlich machen, daß behinderte Menschen selbstbestimmt mitten in der Stadt leben und arbeiten können. Die Planung und Durchführung von ‚Lotte‘ liegt in den Händen von behinderten und nicht-behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Arbeitsplätze selbst geschaffen und zu verantworten haben.

‚Lotte‘ will das gastronomische Angebot in der Altstadt Altonas bereichern. Dazu zählt das Sitzen im schönen Garten mit Blick auf den alten Park und ein abwechslungsreiches Angebot: Denn neben dem täglich frischen Kuchen, dem regelmäßig variierten Mittagstisch an den Werktagen (bei Nachfrage auch außer Haus), dem großzügigen sonntäglichen Frühstücksbuffet und der abwechslungsreichen abendlichen Speisekarte sind Freitagabende sowie jeder Samstagabend für geschlossene Gesellschaften freigehalten. Hier können Sie Privat feiern und ‚Lotte‘ bietet Ihnen nach Ihren Wünschen ganz individuelle Buffets an mit Fleisch, Fisch oder vegetarisch.

Egal, ob Sie eine Taufe, eine Geburtstagsfeier, eine Hochzeitsfeier oder eine Weihnachtsfeier bei uns durchführen möchten, können Sie alle Einzelheiten mit **Frau Nati Radtke** besprechen. Damit der geeignete Gesprächstermin für detaillierte Absprachen gefunden werden kann, bitten wir um die Hinterlegung Ihrer Telefonnummer, Frau Radtke wird Sie dann zurückrufen.

### Wir freuen uns auf Euren und Ihren Besuch!

Das denkmalgeschützte ‚Haus 3‘ steht im Park des ehemaligen Krankenhauses Altona, im August-Lütgens-Park. Das ‚Haus 3‘ ist heute ein bekanntes Stadtteilzentrum, in dem eine Vielzahl von Veranstaltungen, Kursen, Ausstellungen oder Freizeitaktivitäten stattfinden. Das Ziel der kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten ist es, Menschen unterschiedlicher Meinungen, Lebenswelten, Generationen und Nationalitäten anzusprechen.

Lotte  
Café & Restaurant  
Hospitalstr. 107 / Haus 3  
22767 Hamburg  
Tel.: 040 / 3809585

## Von der WfB in die Uni - die Arbeit als Bibliotheksassistent

von *Ertan Cepni - Hamburg, im Oktober 1997*

**D**urch den neuen Beruf hat sich einiges für mich verändert: Nun habe ich mehr Verantwortung für mich und andere zu tragen. Und noch einiges mehr (was ich nicht weiter erläutern werde!).

In der WfB war ich echt in einer tollen Gruppe, wenn ich auch nicht so das Umfeld mochte (von den Mitarbeitern völlig abgesehen). Mit den Leuten (speziell in meiner Gruppe) habe ich mich echt gut verstanden. Ich hatte trotzdem nie vor, dort lange auszuharren. Durch einen Mitarbeiter in der WfB erfuhr ich, daß es die Hamburger Arbeitsassistenz gibt. Da habe ich mich beworben und so knapp nach zwei Jahren habe ich das Angebot von der freien Stelle an der Universität bekommen. Als ich den Zuspruch bekam, daß sie es mit mir versuchen wollen, war ich echt erfreut.

Durch die Mitarbeiter der Leute von der Arbeitsassistenz haben sie viel dazu beigetragen, daß ich mich so schnell dort eingearbeitet hab, auch durch einige Hilfsmittel, welche ich mir so nach und nach zugelegt habe und mit denen ich selbst heute noch arbeite. Nach einem Jahr „Betreuung“ bin ich doch ziemlich sicher geworden.

Meine Arbeit sieht so aus: Ich sitze an einem Schreibtisch vor einem Tresen und gebe den Studenten (oder was so kommt) entweder Zeitschriften oder Bücher. Ich gebe zudem auch Auskunft, wo andere Seminare zu finden sind und wo Bücher/Zeitschriften stehen.

Im Seminar stehen auch zwei Kopierer, einer für Geld, der andere für Copie-Card. Wenn einer von beiden kein Papier mehr hat, so ist es meine

Aufgabe, dort wieder welches einzufügen. Wenn die Leute das Seminar zu verlassen gedenken, so sind die Taschen von denen durchzusehen, ob sie Bücher in ihnen mit sich führen, die von uns zu stammen scheinen.

Wenn um 18 Uhr der Feierabend naht, händigen mir die Studenten jene Bücher/Zeitschriften wieder aus, welche sie entliehen haben, ich Ihnen im Tausch den Perso/Semesterticket. Dann wie gesagt kontrolliere ich ihre Taschen auf den Inhalt.

So bald alle von dannen gezogen sind, begeben mich in die menschenleere Halle (Bibliothek), (erst nach dem ich die Vordertür verschlossen habe) und lasse meine Blicke zu den (wenn überhaupt) geöffneten Fenstern schweifen, welche dann zu schließen sind.

Das ist ein Teilzeitberuf. Eine Woche früh 8.30 – 14 Uhr und eine Woche spät 13 – 18.30 Uhr. Ich arbeite mit einer Kollegin immer wechsel-schichtig. \*

## Meine bisherigen Erfahrungen als Behinderter in der freien Wirtschaft:

### Unterstützung, aber auch der Kampf mit der Bürokratie

von *Dimitri Pappamikail - Reutlingen*

**N**ach meiner Ausbildung, als Bürofachhelfer im Jahr 1993 habe ich mir es zunächst wesentlich leichter vorgestellt, einen Job zu finden.

Damals bin ich durch den Kontakt eines Schulkollegen an die Adresse des FEB gekommen.

Gemeinsam in Kontakt mit dem Arbeitsamt bemühte ich mich mit sämtlichen Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen um einen Arbeitsplatz. 2 Jahre vergebens. Bis ich beschloß nachzufragen. Es dauerte nicht lange, bis ich von einem Fahrradhändler auf eine soziale Einrich-

tung aufmerksam gemacht wurde, die Langzeitarbeitslosen eine Chance bietet.

Nach dem positiven Vorstellungsgespräch bot die Fahrradwerkstatt der Gustav -Werner-Stiftung mir eine Halbtagsstelle als Reha-Maßnahme an. Das Arbeitsamt reagierte zunächst skeptisch, aber stimmte der Maßnahme schließlich zu. Nach einem Jahr stand eigentlich fest, daß aus der Reha-Maßnahme eine zweijährige ABM-Stelle entstehen sollte. Doch nach meinen Sommerurlaub teilte mir die Stiftung mit, daß in der

Übergangszeit ein neues Gesetz beschlossen wurde, das besagt:

Bevor man eine ABM-Stelle antritt, muß man ein Jahr zuvor arbeitssuchend gewesen sein.

Während dessen versuchte der FEB mich zu überzeugen, daß es sinnvoller wäre, den Schritt in die WfB zu wagen. Doch ich gab nicht auf, ich wollte mir es nochmal beweisen.

Ich nahm an zwei Trainingskursen teil, die vom FEB im kaufmännischen Sektor mir angeboten wurden. Nach einem ½ Jahr bekam ich einen Arbeitsplatz in einem Softwareschu-



lungsunternehmen als Prüfungsaufsicht. Diesen Arbeitsplatz teilte ich mit einem Kollegen zu 75%. Bei der Eingliederung erfuhr ich große Unterstützung durch den FEB.

Für den Arbeitsplatz mußte ich drei Prüfungen über Windows und Netzwerktechnik ablegen.

Da der meiste Teil auf englisch erfaßt war, wurde ich trotzdem gut unterstützt, das ganze zu übersetzen, mit einer Person vom FEB.

Doch nach einem halben Jahr spürte ich, daß meine Arbeitsstelle wackelte. Schulungsmaßnahmen der Firma gingen durch Kürzungen von Arbeitsämtern zurück und dadurch wurden weniger Prüfungen abgenommen. Die Firma begann sich umzustrukturieren. Zwischen meinen Kollegen und mir begann ein Machtkampf, den ich letztendlich verlor. Schließlich mußte ich nach 1 Jahr wieder gehen.

Ich mußte mir eingestehen, „freie Wirtschaft nie wieder“.

Das versuchte ich auch höflich, aber deutlich, dem Arbeitsamt klarzumachen.

Nun begann eine Phase, die mich ziemlich schlauchte. Schon damals wurde ich gewarnt, meine sozialen Probleme vor der Arbeit zu verstecken. Ich habe dies zuerst nicht glauben wollen und stets diese Warnung verdrängt.

Nun war sie da und ich mußte anfangen, mich völlig neu zu orientieren. Hinzu kommt, daß mir, was die Arbeitssuche betrifft, die Hände gebunden sind, behördliche Genehmigungen auf sich warten lassen.

Inzwischen habe schon einige Möglichkeiten ausprobiert. Um meinen Kontaktkreis zu erweitern und neue Dinge auszuprobieren. Noch ist der Weg beschwerlich, aber ich bin auf einem guten Weg dorthin.

Nun hoffe ich, daß die Überprüfungen aus behördlicher Sicht bald abgeschlossen sind, damit endlich ein Neubeginn möglich wird. \*

## Nicht vermittelbar? Arbeit mit Assistenz

*von Alfonso Roman-Barbas - Düsseldorf*

Über eine Kollegin von Ihnen bin ich auf Ihren Aufruf, einen Impulse-Artikel über die unterstützte Beschäftigung zu schreiben, gestoßen. Da ich selber als Betroffener mich mit dieser Thematik sowohl privat als auch als Mitglied des Arbeitskreises „Werkstätten für Behinderte“ befaßt habe, will ich meine Erfahrungen darlegen. Leider waren diese nicht sehr positiv.

Zu meiner Person muß gesagt werden, daß ich 30 Jahre alt bin und seit Geburt auf einen Rollstuhl angewiesen bin. Zu meiner Tetraspastik kommt eine Lernbehinderung dazu. Seit 11 Jahren arbeite ich in einer WFB als Mikroverfilmer und versuche schon seit längerer Zeit eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bekommen. Da dies bislang alles erfolglos war, wandte ich mich an die Arbeiterwohlfahrt, die auch eine Arbeitsassistentin hat. Dort sagte man mir, daß sie bisher noch keine Erfahrungen mit Körperbehinderten gemacht haben, sondern lediglich mit geistig Behinderten und psychisch Kranken. Nach zwei Gesprächen erklärte man mir, daß ich mich am besten nach neuen Möglichkeiten in der WfB umschauchen sollte, da mein pflegerischer Aufwand zu groß ist. Man sagte mir, man könnte es keinem zumuten, mich bei meinen Toilettengängen zu begleiten. Ich war empört, da ich von der AWO Hilfe und fachmännische Beratung erhofft hatte und anstelle dessen wurde mir „ein Vortrag“ über meine starke Behinderung gehalten. Obwohl ich bei meiner Arbeit in der WFB auf ständige Hilfe angewiesen bin, könnte ich mir dennoch vorstellen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Stelle unter ähnlichen Bedingungen zu fin-

den. Es ist natürlich erforderlich, daß entsprechende Rahmenbedingungen durch eine qualifizierte Arbeitsassistentin geschaffen werden. Mir ist bewußt, daß der ständige Betreuungsaufwand für körperbehinderte Menschen wesentlich höher liegt als bei geistig Behinderten. Ich bin dennoch der Meinung, daß der Personenkreis, der von der Arbeitsassistentin vermittelt werden kann, sich nicht auf die zwei oben genannten Behinderungsarten beschränken darf.

Die Ansätze der BAG UB kann ich nur begrüßen und hoffe, daß Sie sich noch forcierter mit der Problematik der Körperbehinderten auseinandersetzen.

Ich hoffe, meine Erfahrungen haben Ihr Interesse geweckt und würde mich freuen von Ihnen zu hören, wie mein Artikel angekommen ist. \*

## IFD = Spezialisierte Personal- und Unternehmensberatung

Projekte gGmbH ist Träger des BMA Modellprojekts in Rheinland Pfalz

Consultingqualität durch Teamkompetenz und individuelle Beratungs- und Beraterauswahl

von Markus Philippi, Projekte gGmbH Neuwied

**D**ienstag, 01.12.98: Ein wichtiger Tag für den IFD. Der Berater sitzt in einer großen Runde: B. Igboss., aus England angereister (neuer) General Manager eines großen Industriekonzerns, L. Ocalboss., Operations Manager für Deutschland, L. Awyer., Hausjuristin und weitere 2 leitende Angestellte des Konzerns sind zusammengekommen, um die Personalpolitik und personelle Grundsatzentscheidungen für die nächsten Jahre festzulegen. Es geht um alle möglichen personellen Fragen - und eben auch um die Frage der Beschäftigung Schwerbehinderter.

Trotz der Informationsschriften der Arbeitsverwaltung und der Hauptfürsorgestellten war noch ein hoher Informationsbedarf da, sollten Fehlinformationen richtiggestellt und Leistungen an Arbeitgeber vorgestellt werden: In der Sprache der Unternehmer, den Interessen der Unternehmer folgend und die immensen Risiken und Unwägbarkeiten beachtend, die derzeit im (Wirtschafts-)raum stehen.

Das Ziel ist klar: Der IFD möchte dieses Unternehmen in Deutschland zur Beschäftigung Schwerbehinderter bewegen - nicht überreden, sondern durch betriebswirtschaftliche Fakten überzeugen. Die soziale Bereitschaft war da - sonst hätte der Berater nicht zu dieser hochkarätigen Runde dazutreten dürfen. Die soziale Ader anzusprechen, auf die schlechte Situation hinzuweisen - das wäre hier Fehl am Platz, denn über die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Schwerbehinderte waren sich alle Teilnehmer bewußt. Nachdem sich der Berater als Betriebs- und Personalfachwirt vorgestellt und seinen Werdegang im Personal- und Organisationsmanagement erläutert hat, ist anfängliche Distanz abgebaut. (*Distanz, die entsteht, weil Unternehmer nicht selten zunächst bezweifeln, ob ein Berater aus der*

*„sozialen Ecke“ bereit und in der Lage ist, den Gedanken und Argumentationen eines im Wettbewerb stehenden Unternehmers zu folgen. Insofern kann die Forderung einer auch betriebswirtschaftlichen Zusatzqualifikation, wie sie von Herrn Ernst in impulse 10/98 (S. 10, Nr. 3.3) angesprochen wurde, nur ausdrücklich befürwortet werden.*) Es folgt eine ca. 2-stündige Beratung, in der die Entscheidungswege und -grundlagen der Hauptfürsorgestelle dargestellt, Fakten wie Minderleistungszuschuß, Betreuungsaufwand, Arbeitsplatzausstattung und andere Fördermittel vorgestellt sowie Möglichkeiten und Wege der Probe- und befristeten Beschäftigung präsentiert und diskutiert wurden. Dann kommt die letztlich alles entscheidende Frage von B. Igboss: „Gibt es überhaupt Schwerbehinderte, die eine Qualifikation haben, mit der wir auch nur ansatzweise arbeiten können - bei denen zumindest die Grundlagen für eine Qualifizierung „on“ oder „off the job“ vorhanden sind?“. Der Berater kann daraufhin beruhigt nicken, einen umfangreichen Auswahlpool anbieten und die IFD-Unterstützung bei der Endauswahl und Einarbeitung versichern. Als er B. Igboss außerdem sofort einen Maschinenbautechniker mit 12-jähriger Erfahrung in der Konstruktion von Spezialfahrzeugen vorstellt, dessen einziges Handicap in einem GdB von 100 liegt, kann der IFD einen erfolgreichen Tag verbuchen: Die klare Bereitschaft zur Einstellung von Schwerbehinderten ist nun vorhanden und ein Vorstellungsgespräch wird bereits in den nächsten Tagen stattfinden. Übrigens - bis zu diesem Tag war in diesem Unternehmen die Einstellung von Schwerbehinderten nur in absoluten Ausnahmefällen erlaubt - und die mußte B. Igboss' Vorgänger persönlich „absagen“ - eine Tür, die auf Grund ei-

ner einfachen Fehlinformation verschlossen war, konnte geöffnet werden.

**SZENENWECHSEL:** Die Beraterin sitzt bei K. Undin im Wohnzimmer zum Folgegespräch. Das erste Kennenlerngespräch ist ca. 2 Wochen her, Beraterin und K. Undin konnten feststellen, ob „die Chemie stimmt“. K. Undin entschloß sich dazu, weiter mit „Ihrer“ Beraterin zusammenzuarbeiten. Zum „Allroundgespräch“ (hier möchte die Beraterin Ihre Kundin möglichst umfassend kennenlernen) hat K. Undin Kaffee gekocht, Plätzchen gereicht - es ist eine richtig gemütliche Atmosphäre.

Weniger „gemütlich“ ist der Weg, den K. Undin hinter sich hat: Die Diabetikerin mußte 3 Lehren abrechnen - die Gesundheit stellte ihr immer ein Bein. Dann die Ausbildung zur Technischen Zeichnerin im BBW. Alles schien gut zu laufen - bis zur niederschmetternden Diagnose: „Multiple Sklerose“. Während der Prüfung erfährt K. Undin, daß sie an einer Krankheit leidet, bei der eine Arbeit am Bildschirm höchst bedenklich ist. Mit viel Energie und Zuspruch durch Ihren jetzigen Ehemann kämpft Sie den Frust nieder und legt die Prüfung mit Erfolg ab - so hat sie nun zumindest einen Berufsabschluß. Diesen jedoch in einem Beruf, der schon heute überwiegend am Bildschirm ausgeübt wird. Und als Berufsanfängerin, Mutter einer 5-jährigen Tochter und Schwerbehinderte mit Diabetis und MS fallen Türen bei potentiellen Arbeitgebern schnell zu - und K. Undin steht draußen.

Im Beratungsgespräch stellen die Beraterin und K. Undin fest, daß eine Berufsaufnahme im erlernten Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht die „erste Wahl“ ist. Und im Hinblick auf die Erziehung der Tochter möchte K. Undin am liebsten nur 20 Wochenstunden arbeiten, obgleich sie

einen Vollzeitjob natürlich nicht ablehnen würde. Nun heißt es, Alternativen zu finden. „Was haben Sie denn so für Hobbies, Interessen oder so. Gibt es etwas, von dem Sie sagen können, daß sie es gut oder vielleicht sogar besonders gut können?“. K. Undin lächelt verlegen - Eigenlob stinkt bekanntlich - und trotz aufmunternder Worte der Beraterin „verschweigt“ K. Undin hartnäckig Ihre Fähigkeiten.

Dann kommt der Mann von K. Undin von der Arbeit nach Hause, die Tochter stürmt hinterher. „Ich soll mich selber loben. Was kann ich denn so besonders gut - das heißt, gut reicht auch schon“, fordert K. Undin Unterstützung von Ihrem Mann ein. „Tja - schauen Sie sich um,“ entgegnet dieser und deutet großflächig in den Raum, „das alles hier war in einem ziemlich erbärmlichen Zustand, als wir es gekauft haben. Meine Frau hat alleine die Fußböden abgeschliffen, tapeziert, gestrichen, die Macken in den Holzfenstern instandgesetzt und die alte Truhe da - die haben wir von Omas Dachboden - die hat sie in mühevoller Kleinarbeit restauriert.“ K. Undin ist ein bißchen rot geworden - aber auch vor stolz ein paar Zentimeter gewachsen. Und als wolle sie, daß Mutti noch ein wenig „wächst“, setzt die Tochter noch eins drauf: „Meine Mutti kann ganz toll kochen. Und die kann ganz schöne Partys machen!“ Nun will K. Undin nicht „ohne“ dastehen und ergänzt: „Ich interessiere mich sehr für gesunde Ernährung - Naturkost und so!“.

Während im folgenden „4-er Gespräch“ mit K. Undin, Ehemann und Tochter die Beraterin feststellt, daß K. Undin also ein „Naturtalent“ im Renovieren von Wohnungen und Möbeln ist, außerdem hervorragende Partys organisieren kann und die dazugehörigen kalten Büffets gleich selbst herrichtet und sich außerdem im Naturkostbereich ziemlich gut auskennt, schreibt die Beraterin längst nicht mehr mit. Denn sie erinnert sich an die Information, die der IFD-Leiter aus der Bereichsleiterbesprechung der Integrationsfirma mitgebracht hat.

Dort wird die sog. „eierlegende Wollmilchsau“ gesucht: Eine Teilzeitkraft, die als „Springerin“ im Bereich der Maler und Anstreicher, in der Möbelrestauration, in den Naturkostläden und im Catering eingesetzt werden kann. Bis vor ein paar Minuten ein fast unlösbarer Akt - nun sitzt „die Lösung“ greifbar nahe.

Obleich sie sich sicher ist, daß die Geschäftsleitung dem Vorschlag, K. Undin diese Stelle anzubieten, zustimmen wird, hebt sie sich die gute Nachricht für den nächsten Tag auf. Denn sie weiß, daß nichts schlimmer sein kann als definitive Hoffnungen zu wecken und diese dann zerstören zu müssen. Der „Verzögerungstag“ tat K. Undin's Freude keinen Abbruch, als sie am nächsten Tag zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde. Und ab dem 1.1.99 wird K. Undin im Arbeitsleben stehen. Nicht im erlernten Beruf, sondern in einem, der Ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht, und der ihr hoffentlich viel Freude bereiten wird. Die Beraterin hat den Zeitpunkt des Beratungsgesprächs übrigens durchaus beabsichtigt auf die Feierabendzeit des Ehemannes gelegt. In ihrer langjährigen Tätigkeit im sozialen Bereich hat sie schon oft den „privaten Unterstützerteam“ als „Informantenpool“ schätzen gelernt!

Es könnten noch einige weitere Szenen folgen - sicher auch weniger erfolgreiche. Aber die oben genannten stellen Vorgehen und Tätigkeit des IFD nicht nur plastisch dar, die Mitarbeiter sind auf diese auch besonders stolz. Denn schließlich ist das Team erst seit 01.10.98 vollzählig „im Dienst“: Der Leiter, Markus Philippi, Betriebswirt und Personalfachkaufmann, trat seine Stelle am 01.08. an, zusammen mit einer der Integrationsberaterinnen, Elfie Wruck, einer Heilpädagogin und einer Verwaltungsfachkraft, die die Berater vom „Papier“ entlasten soll, damit diese sich voll auf Ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Am 01.10.98 kamen dann noch zwei weitere Integrationsberaterinnen dazu: Susanne Hagen, Diplom Sozialpädagogin und

Annette Rämmer, Dipl.-Betriebswirtin FH. Ein Team, das nun sowohl die sozialen, aber auch die wirtschaftlichen Aspekte der Arbeit kompetent vertreten kann. Und dies ist auch gleich das wesentliche im Grundkonzept des IFD: Der Focus dieses Beratungsteams liegt auf der zielgruppenorientierten Beratung: KundIn SchwerbehinderteR hat andere Beratungsinteressen als KundIn UnternehmerIn. Und beide erwarten, daß man auf „Ihrer Wellenlänge“ schwimmt. Soll man auch - denn Beratung bedeutet auch Interessenvertretung - und diese Interessen sind vielfach gelagert. In seinem Infoflyer stellt der IFD seine Leistungen wie folgt dar:

### **FÜR SCHWERBEHINDERTE:**

#### **Hilfe bei der Berufsfindung**

*wenn eine besondere Ausbildungsberatung und Ausbildungsbetreuung gewünscht wird, vor allem in Hinblick auf die Möglichkeit eine regulären Ausbildung in einem Unternehmen.*

#### **Unterstützung beim Berufswechsel**

*wenn der bisherige / erlernte Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann, müssen Alternativen im interessen- und fähigkeitsnahen Umfeld gesucht werden.*

#### **Arbeitsaufnahme**

*wenn eine besondere Heranführung an ein reguläres Beschäftigungsverhältnis erwünscht bzw. erforderlich ist.*

#### **Arbeitsplatzsicherung**

*wenn bei Krisen und / oder Konflikten in einem neu bestehenden Arbeitsverhältnis die Hilfe eines neutralen Beraters erwünscht ist.*

#### **Arbeitsplatzgestaltung**

*wenn bei der Gestaltung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes Hilfe oder Beratung nötig / erwünscht ist.*



Im konkreten Vorgehen unterscheidet sich der IFD hierbei nicht von anderen Fachdiensten: Kennenlerngespräche, Profilerstellung, Vorstellung der Kunden im Team, Integrationsplanung, Stellenvermittlung, etc. sind Basisarbeit. Dennoch steht es den KundInnen frei, sich nur einzelne Beratungsmodule auszuwählen oder den Berater / die Beraterin zu wechseln.

### UND UNTERNEHMEN:

#### Arbeitsplatzbewertung

*Erstellung oder Übernahme eines Stellen- und Anforderungsprofils für potentielle Arbeitsplätze für in der Betreuung stehenden Kunden.*

#### Bewerberakquise, -vorauswahl und Begleitung der Bewerbungsgespräche

*Durchführung von Personalbeschaffungsmaßnahmen wie bei einem regulären Personalberatungsunternehmen, allerdings mit der Maßgabe, daß nur schwerbehinderte Bewerber berücksichtigt werden.*

#### Arbeitgeberbriefing / -beratung

*Information über den Ablauf der Entscheidungsprozesse der beteiligten Stellen, über die möglichen Fördermittel und eventuelle Folgeleistungen.*

#### Arbeitgeberassistenz

*Übernahme von Antrags- und Beschaffungformalitäten bis zur Unterschriftsreife.*

#### Erstellen von Einarbeitungsplänen

*Aus der intensiven Kenntnis von KundIn und Arbeitsplatz heraus werden individuelle Einarbeitungspläne erstellt, die sich an den zeitlichen Vorgaben orientieren, die zuvor abgestimmt wurden.* ↗

#### Einarbeitungsbegleitung

*ggf. durch einen berufserfahrenen Coach, kurzfristig oder auch längerfristig am Arbeitsplatz (statt eines Mitarbeiters des Unternehmens).*

#### Crisis management

*Beratung in Problemsituationen, Konfliktmoderation, Aufzeigen von Alternativen zur Kündigung.*

#### Team coaching

*Beratung von Arbeitgebern und Vorgesetzten zur Fragen der Beschäftigung Schwerbehinderter, Information des zukünftigen Arbeitgebers, der Vorgesetzten und Kollegen über den neuen Kollegen. Hier werden die Qualifikationen, aber auch die Behinderung vorgestellt, vor allem wenn hier Situationen eintreten können, in denen der/die Behinderte spezielle Hilfe benötigt.*

Sowohl bei der Beratung der Behinderten als auch bei der der Unternehmen arbeitet der IFD mit den betroffenen öffentlichen Stellen (Arbeitsverwaltung, Hauptfürsorgestelle, etc.) zusammen. Zudem kann er auf die Erfahrungen zurückgreifen, die die Projekte gGmbH als Integrationsfirma sammeln konnte.

Alles in allem läuft das Projekt IFD erst an und es ist sicherlich zu früh, pauschale Prognosen zu stellen. Doch schon in der kurzen Zeit zeichnet sich ab, das folgende wesentliche Aufgaben die meiste Zeit in Anspruch nehmen werden:

- Information und Beratung der Unternehmen über die tatsächliche Situation, Abbau von Fehlinformationen und Darstellung der Hilfen, die das Unternehmen erhalten kann.
- Suche nach alternativen Beschäftigungsfeldern außerhalb der „Papierqualifikation“, entdecken von versteckten Interessen und Fähigkeiten und Suche nach passenden Tätigkeitsfeldern.

- Vermittlung von geeigneten Stellen und Bewerbungsmotivation.

Die ersten Kontakte sind geknüpft, viele weitere sollen folgen. Denn ein funktionierendes Netzwerk, daß von allen Teilnehmern aktiv genutzt und anerkannt wird, muß erst einmal aufgebaut werden. Der IFD ist derzeit dabei, möglichst viele Teilnehmer für dieses Netzwerk zu gewinnen: Die Kammern, die Innungen und Berufsverbände, die Selbsthilfegruppen, die Städte und Kommunen, die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, Ärzte, Kliniken, etc. Denn nur wenn die Institution bekannt ist, kann sie auch genutzt werden und ihrerseits Unterstützung, Beratung und Information weitergeben - damit der Strich, der mit Ablauf der Modellphase Ende 2001 gezogen wird, kein Schlußstrich sein wird.

Informationen zum Integrationsfachdienst: Projekte gGmbH - Integrationsfachdienst - Königsberger Str. 10, 56564 Neuwied

Tel.: 02631/3954-80, Fax: 02631/3954-81  
E-Mail: ifd@projekte-1.de \*

### Träger - Info

Die Projekte gGmbH war die erste Integrationsfirma in Rheinland-Pfalz und beschäftigt heute ca. 240 Mitarbeiter in den Bereichen Garten- und Landschaftsbau, Schreinerei, Entsorgung, Möbelrestauration, Druckerei, DTP, Kantinerie, Catering, Naturkostläden, Postagentur, Verlagsbuchhandlung, Elektromontage, Kabelkonfektion und allgemeine Verwaltung. In allen Bereichen arbeiten Nichtbehinderte, Schwerbehinderte, psychisch Kranke, Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, etc. im gemeinsamen Miteinander. Dies ist eine Grundphilosophie, die sich bewährt hat und bei Projekte von Anfang an mit Erfolg praktiziert wurde. Im Jahr 1998 konnte die Projekte gGmbH ihr 10-jähriges Jubiläum feiern.

# People First Weltkongreß 1998

vom 23.-25. April 1998 in Anchorage, Alaska

*von Doris Haake, Sprecherin People First Deutschland und der People First Gruppe „Die starken Engel“, Hamburg*

Hallo!

Ich bin Doris Haake, ich komme aus Hamburg, ich bin Sprecherin für People First Deutschland und die Gruppe "Die starken Engel" in Hamburg.

## People First in Deutschland

Eine People First Gruppe ist eine Selbsthilfe- und Selbstbestimmungsgruppe für Menschen mit Lernschwierigkeiten und anderen Beeinträchtigungen. Wir haben jetzt 19 Gruppen in Deutschland. Einmal im Jahr treffen sich alle People First Gruppen in Deutschland. Im Oktober 1997 haben sich 10 Gruppen aus Deutschland in Melsungen getroffen und haben über die Aktion Grundgesetz, Wohnen, Freizeit, den Kongreß in Anchorage, Alaska, und die Tagung in Den Haag gesprochen und Sprecher gewählt. Im Juni 1998 fand das zweite bundesweite Treffen statt. Das Projekt „Wir vertreten uns selbst“ in Kassel unterstützt den Aufbau von People First Gruppen in Deutschland. Das Projekt gibt es seit dem 30.11.1997. Ich arbeite im Betroffenenbeirat des Projektes mit.

## People First Weltkongreß in Alaska

Ich bin als eine der Sprecherinnen der People First Gruppe ausgewählt worden, People First Deutschland auf dem Weltkongreß in Alaska zu vertreten. Auf der Tagung waren knapp 1000 Leute aus verschiedenen Ländern. Wir haben über die UNO Erklärung über die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen („Standard Rules“), People First in Europa und

unsere Forderungen gesprochen. In einem Workshop haben wir darüber diskutiert, wie wir selbstbestimmt handeln können. Hier einige Auszüge aus dem Workshop:

### Was ist falsch? Welche Probleme haben wir?

- Wir können mehr machen als uns zugetraut wird.
- Wir wollen nicht kontrolliert werden.
- Wir wollen mehr Freunde haben.
- Wir wollen klare und verständliche Informationen.
- Wir wollen Wahlmöglichkeiten, um selbst bestimmen zu können.
- Wir wollen stärker werden in der Gemeinschaft.
- Wir wollen mit behindertengerechten öffentlichen Verkehrsmitteln überall hinkommen.

- Wir haben ein Recht auf Erziehung gemeinsam mit anderen Kindern – alle Kinder gehören dazu.
- Wir haben ein Recht auf ein eigenes Zuhause.
- Wir haben ein Recht auf Eigentum.
- Wir haben ein Recht auf Ausbildung.
- Wir haben ein Recht auf Unterstützung außerhalb von Einrichtungen.
- Wir wollen nicht weiter wegen unserer Behinderung diskriminiert werden.
- Wir haben ein Recht, normal als Menschen wahrgenommen zu werden.

### Was wir selber tun können - 7 Tips um Kraft, zu sammeln:

- Erhebe Deine Stimme! Habt keine Angst zu sprechen!
- Jeder ist eine wichtige Person ! Kenne Deine Stärken und Fähigkeiten!
- Steht für Euch selber ein!
- Tut Euch mit anderen Betroffenen zusammen! Hört Euch gegenseitig zu! Versuche andere zu verstehen und Euch gegenseitig zu unterstützen!
- Lernt Eure Rechte kennen ! Lerne Deine Unterstützungsmöglichkeiten kennen!
- Wählt selber aus, was Ihr wollt und was nicht!
- Erweitert Euren Freundeskreis und bezieht Bekannte mit ein! Lerne zu organisieren und andere zusammenzubringen!



Doris Haake

Der Weltkongreß von People First war eine gute Möglichkeit sich mit Betroffenen aus anderen Ländern auszutauschen. Die Situation in den verschiedenen Ländern ist zwar unterschiedlich, aber überall ist es notwendig, daß sich Betroffene für ihre Rechte einsetzen. Ich habe die Arbeit von People First in Deutschland vorgestellt und eine kleine Rede auf Englisch gehalten. Es war gut, neue Wörter auf Englisch zu lernen und zum Glück hatte ich mit Ulli Niehoff auch einen guten Übersetzer. Die Tagung war auch der Beginn einer Zusammenarbeit von People First Gruppen in Europa.

### Europa People First!

Wir haben uns mit VertreterInnen von verschiedenen People First Gruppen in Europa zusammengesetzt und uns über unsere Arbeit ausgetauscht. Die People First Gruppen kamen aus Irland, Schweden, Großbritannien, Deutschland und Belgien. Wir haben eine Partnerschaft gegründet und wollen in Zukunft in Europa zusammenarbeiten. Dafür haben wir auch Geld von der Europäischen Union bekommen.

Auf dem Weltkongreß wurden auch die Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte (Standard Rules) der UNO diskutiert. Ich finde die Rahmenbestimmungen gut und wichtig und habe sie deshalb am Ende meines Artikels für alle eingefügt. \*

## Übersicht über die UN-Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte

Es gibt 22 Regeln, die in dem Dokument über die UN-Rahmenbestimmungen wie folgt vorgestellt werden:

**1. Sensibilisierung:** Die Staaten sollen Maßnahmen ergreifen, um der Gesellschaft die Lage der Behinderten, ihre Rechte, ihre Bedürfnisse, ihr Potential und ihren Beitrag stärker bewußt zu machen.

**2. Medizinische Versorgung:** Die Staaten sollen eine wirksame medizinische Versorgung Behinderter gewährleisten.

**3. Rehabilitation:** Die Staaten sollen die Bereitstellung von Rehabilitationsdiensten für Behinderte gewährleisten, damit diese ein Höchstmaß an Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit erreichen und erhalten können.

**4. Unterstützungsdienste:** Die Staaten sollen für den Aufbau und die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten, einschließlich technischer Hilfen, sorgen, damit Behinderte in ihrem täglichen Leben ein größeres Maß an Unabhängigkeit erreichen und ihre Rechte ausüben können.

**5. Behindertengerechte Umwelt:** Die Staaten sollen bei der Herstellung der Chancengleichheit in allen Gesellschaftsbereichen die allgemeine Bedeutung einer behindertengerechten Umwelt erkennen. Die Staaten sollen für Menschen mit Behinderungen, gleich welcher Art, (a) Aktionsprogramme für eine behindertengerechte Gestaltung der Umwelt einführen und (b) Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zu Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten zu gewährleisten.

**6. Bildung:** Die Staaten sollen das Prinzip der Chancengleichheit für behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Grundschulen, weiterführenden Schulen und im Hochschulbereich in einem integrativen Umfeld anerkennen. Sie sollten sicherstellen, daß die Bildung Behinderter ein integrierender Bestandteil des Bildungssystems ist.

**7. Beschäftigung:** Die Staaten sol-

len den Grundsatz anerkennen, wonach Behinderte dazu befähigt werden müssen, ihre Menschenrechte wahrzunehmen, insbesondere im Bereich der Beschäftigung. Sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich müssen Behinderte Chancengleichheit im Hinblick auf eine produktive Erwerbstätigkeit auf dem Arbeitsmarkt genießen.

**8. Einkommenssicherung und soziale Sicherheit:** Die Staaten sind für die soziale Sicherung und die Einkommenssicherung Behinderter verantwortlich.

**9. Familienleben und freie Entfaltung der Persönlichkeit:** Die Staaten sollen die volle Teilhabe Behinderter am Familienleben fördern. Sie sollen ihr Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit fördern und sicherstellen, daß Behinderte hinsichtlich ihrer sexuellen Beziehungen, der Ehe und der Elternschaft nicht durch Rechtsvorschriften diskriminiert werden.

**10. Kultur:** Die Staaten werden sicherstellen, daß Behinderte gleichberechtigt in kulturelle Aktivitäten einbezogen werden und daran teilnehmen können.

**11. Freizeit und Sport:** Die Staaten werden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß Behinderte ein gleichwertiges Angebot an Freizeit- und Sportmöglichkeiten haben.

**12. Religion:** Die Staaten werden Maßnahmen für die gleichberechtigte Teilhabe Behinderter am religiösen Leben der Gemeinschaft fördern.

**13. Information und Forschung:** Die Staaten übernehmen die oberste Verantwortung für die Sammlung und Verbreitung von Informationen über die Lebensbedingungen Behinderter und fördern die umfassende Erforschung aller Aspekte, einschließlich der Hindernisse, die das Leben Behinderter beeinträchtigen.

**14. Grundsatzpolitik und Planung:** Die Staaten werden sicherstellen, daß behinderungsbezogene Gesichtspunkte in die gesamte maßgebliche Grundsatzpolitik und staatliche Planung einfließen.



**15. Gesetzgebung:** Die Staaten haben die Aufgabe, die gesetzlichen Grundlagen für Maßnahmen zu schaffen, die es ermöglichen, die Ziele der vollen Teilhabe und Gleichberechtigung Behinderter zu erreichen.

**16. Wirtschaftspolitik:** Die Staaten tragen die finanzielle Verantwortung für nationale Programme und Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte.

**17. Arbeitskoordinierung:** Die Staaten sind für die Einrichtung und Stärkung nationaler Koordinierungskomitees oder ähnlicher Organe verantwortlich, die als Anlaufstellen für Behindertenangelegenheiten dienen sollen.

**18. Behindertenorganisationen:** Die Staaten sollen das Recht von Behindertenorganisationen anerkennen, Behinderte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu vertreten. Die Staaten sollen außerdem die beratende Rolle der Behindertenorganisationen bei Entscheidungen in Behindertenangelegenheiten anerkennen.

**19. Ausbildung von Personal:** Die Staaten sind dafür verantwortlich, daß das mit der Planung und Bereitstellung von Programmen und Diensten für Behinderte befaßte Personal auf allen Ebenen eine fachgerechte Ausbildung erhält.

**20. Überwachung und Evaluierung der Behindertenprogramme auf nationaler Ebene in bezug auf die Anwendung der Rahmenbestimmungen:** Die Staaten sind für die laufende Überwachung und Evaluierung der nationalen Programme und Dienste zur Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte verantwortlich.

**21. Technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Die Staaten, das heißt Industriestaaten wie Entwicklungsländer, haben die Aufgabe, bei der Verbesserung der Lebensbedingungen Behinderter in den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten und diesbezügliche Maßnahmen zu ergreifen.

**22. Internationale Zusammenarbeit:** Die Staaten werden sich aktiv an der internationalen Zusammenarbeit zur Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte beteiligen.

## UNTERSTÜTZUNG – WAS IST DAS FÜR MICH? Rückblick auf ein Wochenendseminar mit unterstützten Arbeitnehmern

von *Carolin Emrich -Bremen und Marie-Theres Löring - Hamburg*  
(SeminarModeration)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG UB) veranstaltete erstmalig in diesem Jahr ein Seminar für unterstützte ArbeitnehmerInnen. Vom 13. bis 15. November 1998 trafen sich 16 unterstützte Arbeitnehmer und solche, die es werden wollen, im Elsa-Brändström-Haus in Hamburg, um gemeinsam am Thema „Unterstützung – was ist das für mich?“ zu arbeiten. Schon bei der diesjährigen BAG UB – Jahrestagung in Mannheim war deutlich geworden, daß es für unterstützte ArbeitnehmerInnen keinen Raum und keine Gelegenheiten gibt, um sich austauschen und fortbilden zu können. Auf Anregung von Interessierten, die an der Jahrestagung teilgenommen hatten, wurde nun dieses Wochenendseminar organisiert. Die vielen Anmeldungen spiegeln das große Interesse wider.

Das Wochenende sollte die Möglichkeit bieten, darüber nachzudenken und sich auszutauschen, was Unterstützung für einzelne Teilnehmer bedeutet. Dabei standen u.a. folgende Fragen im Vordergrund:

- Welche Erfahrungen haben wir bislang mit Unterstützung gemacht?
- Was macht gute Unterstützung wirklich gut?
- Kann ich selbst entscheiden, von wem, wann, wo und bei was ich unterstützt werde?
- Wie werden andere unterstützt?
- Wie ist mein Verhältnis zu der Person, die mich unterstützt?

Sehr schnell wurde deutlich, daß in-

nerhalb der Gruppe (die übrigens von Seiten der Teilnehmer eine reine Männergruppe war! Frauen – wo wart Ihr???) ein großes Bedürfnis bestand, sich auszutauschen und Erfahrungen zu besprechen. Wir veränderten das ursprünglich geplante Programm daraufhin insofern, als wir Gesprächen und Diskussionen viel Zeit und Platz einräumten.

Einige der in diesen Gesprächsrunden gemeinsam erarbeiteten Gedanken, „Ergebnisse“ und Ideen drucken wir im Anschluß an diesen Artikel mit ab. Sie sind sicherlich auch für Menschen, die nicht am Seminar teilgenommen haben, interessant und diskussionswürdig.

Aufgrund des großen Bedürfnisses nach (Erfahrungs-)Austausch innerhalb eines nur sehr begrenzten Zeitrahmens, ist sicherlich ein elementarer Punkt an diesem Wochenende zu kurz gekommen: Die Entwicklung von Ideen / Veränderungsvorschlägen für jeden einzelnen Teilnehmer.

Uns erschien es wünschenswert, mit und für jeden zu hinterfragen, wie seine Unterstützung konkret aussieht, was an dieser Unterstützung gut und was eher schlecht ist. Es wäre schön gewesen, zur Ideenentwicklung zu kommen, was individuell noch verändert werden könnte und wie diese Veränderung geschehen könnte.

Anregungen gab es jedoch immer wieder viele und die Teilnehmer bestätigten alle, daß sie für sich von diesem Seminar viel profitiert hätten und eine Menge „mit nach Hause nehmen würden“.

Die Anregung eines Teilnehmers, das Seminar auch als Möglichkeit zu nutzen, einen Brief an Politiker zu verfassen, in dem den eigenen Bedürfnissen und der Wut über bestehende Mißstände Ausdruck verliehen werden sollte, stieß auch bei anderen Teilnehmern auf großes Interesse. Der Brief, der allein von unterstützten Arbeitnehmern in einer Arbeitsgruppe entstanden ist, ist ebenfalls im Anschluß abgedruckt.

Rückblickend läßt sich aus unserer Perspektive sagen, daß es ein spannendes, arbeitsintensives, ergebnisreiches, fröhliches und rundherum gelungenes und nettes Seminar war. Die Zusammenarbeit in der Gruppe hat auch uns als Moderatorinnen des Wochenendes viel Spaß gemacht!

Einstimmig befand die Gruppe bei der Endauswertung, daß es Seminarangebote dieser Art öfter geben müßte und noch mehr Zeit dafür zur Verfügung stehen sollte.

### Wie haben wir während des Seminars am Thema gearbeitet?

- Diskussionen und Austausch im Plenum
- in Arbeitsgruppen
- spielerische Auseinandersetzung mit dem Thema
- Video „Ich bestimme selbst“ mit anschließender Diskussion
- viele Einzelgespräche außerhalb der eigentlichen „Seminarzeiten“
- Diskussion über das „Plädoyer für Unterstützung“

## Sammlung der wichtigsten Gedanken, „Ergebnisse“ und Ideen des Seminars:

### **UNTERSTÜTZUNG**

- Was ist damit gemeint?

Welche anderen Begriffe fallen uns dazu ein? -

- Hilfe
- gegenseitige Hilfestellung
- Betreuung
- Eingliederung
- Assistenz
- Unterstützung, indem man nicht unterstützt, sondern Selbständigkeit fördert
- angedeutete Hilfestellung
- Anerkennung
- Einführung / Hinführung
- Begleitung (am Arbeitsplatz und anderswo)
- Hintergrundleitfaden
- einem anderen Menschen sein Ohr leihen
- Motivation
- Akzeptanz
- Toleranz
- gerechte Aufteilung
- Aufmerksamkeit
- Bevormundung
- Bemutterung
- Überbetreuung

### **Gesammelte Grundgedanken und Erfahrungen**

- Unterstützung muß nicht immer durch „Profis“ gemacht werden (denn diese „stören“ manchmal); es können z.B. auch Kollegen im Betrieb sein, die die Unterstützung gewähren.
- Unterstützung muß verbindlich sein, ich muß mich darauf verlassen können (z.B. Einhaltung von Terminen etc.).

- Unterstützung muß Zeit haben → soviel wie gebraucht wird.
- Unterstützung muß prinzipiell unabhängig von der Behinderungsart gewährt werden.
- Oft besteht der Wunsch nach mehr Unterstützung oder aber der Wunsch, in bestimmten Bereichen intensiver unterstützt zu werden (z.B. bei Fortbildungen) → keiner da, der die Unterstützung übernimmt.
- Wenn Unterstützung angeboten wird, muß sie auch eingehalten und gewährt werden – nicht selten machen Menschen gegenteilige Erfahrungen.
- (ideelle) Unterstützung durch Menschen aus dem sozialen Umfeld (z.B. Familie) ist enorm hilfreich.

### **Ideensammlung & Forderungen**

- Bislang gibt es nirgendwo eine „Assistenzkontrolle“ – sie wäre dringend notwendig (denkbar z.B.: ein „Gütesiegel“ für Fachdienste).
- Notwendig wäre auch eine neutrale und unabhängige Beschwerdestelle; sie könnte Anlaufstelle sein, wenn man sich über den Fachdienst bzw. Assistenten beschweren will.
- Hilfreich ist die Beratung durch andere „Betroffene“/ durch Menschen mit Behinderung (Peer counseling).
- Finanzielle Unterstützung ist eine grundlegende Notwendigkeit – sie darf im Arbeitsleben nicht nur für die ersten 3 Jahre abgesichert sein, sondern muß dauerhaft möglich werden.

**Hier ein Abdruck des von unterstützen Arbeitnehmern während des Seminars entworfenen Briefes an Politiker:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus einem Seminar der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG UB) ist dieser Brief mit mehreren Teilnehmern entstanden.

Trotz knapper Kassen kann es nicht angehen, daß bei den sozial Schwächsten immer weiter gekürzt wird. Jedes Jahr steigen die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt um 2-3% und unsere Einrichtungen kommen in den Genuß, jedes zweite Jahr nur ein paar Mark mehr zu bekommen.

Während Sie beliebig Ihre Diäten erhöhen, krebzen wir am Existenzminimum herum. Hinzu kommt, daß sich mancher um die notwendige Betreuung Sorgen machen muß.

Es ist ein Skandal, daß Mitarbeiter einer sozialen Einrichtung sich überlegen müssen, ob sie sich für wichtige Gespräche noch die Zeit nehmen können, nur weil die Behörden meinen, daß für Gespräche sozialer Probleme kein Geld gezahlt werden kann.

Letztendlich machen sich die Einrichtungen auch zum Ziel, daß wir so selbständig wie möglich werden. Wie soll das aber funktionieren, wenn wir immer wieder Auflagen bekommen, was wir alles nicht tun dürfen – es könnte ja etwas passieren. Z. B. alleine in den Urlaub fahren, selbständiges Wohnen etc. Jeder andere wird auch irgendwann losgelassen. Warum erlaubt man uns dies nicht, soweit es geht?

Wir sind der Meinung, daß wir genau dieselben Rechte besitzen wie ein Gesunder auch.

In Eurer Regierung (Opposition) sitzt ein Behinderter, und dem gibt man keine Einschränkungen. Und er kann sich auch alle Hilfe kaufen, weil er das genügende Kleingeld besitzt und vom Steuerzahler profitiert.

Wir fordern von Ihnen mehr Solidarität und mehr Mitspracherecht für unsere Rechte.

Schließlich haben wir unsere Behinderung uns nicht ausgesucht.

Mit freundlichen Grüßen,

Dieser Brief, so haben die Seminar- teilnehmer beschlossen, soll unter Angabe eines Ansprechpartners aus der Seminargruppe an die Bundes- regierung, verschiedene Landesre- gierungen und Behindertenbeauf-

tragte geschickt werden. Ferner be- mühen sich einige Teilnehmer dar- um, daß er in Regionalzeitungen Ih- res Umfeldes abgedruckt und in Werkstätten (WfB) ausgehängt wird.

## Dschungelpfade - Wege für behinderte Menschen zum ersten Arbeitsmarkt

von Jörg Schulz, BAG UB

Am 24.11.198 fand in Mainz im Kurfürstlichen Schloss eine bun- desweite Fachtagung zum Thema „Dschungelpfade - Wege für behin- derte Menschen zum ersten Arbeits- markt“ statt, welche vom Behinder- tenverband Interessenvertretung Selbst- bestimmt Leben in Deutschland (ISL e.V.) und dem Mainzer Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen organisiert wurde.

Unterteilt in die vier aufeinanderfol- genden Themenblöcke

1. Förderung von Personalkosten
2. Technische Arbeitshilfen
3. Auf den Weg in den  
1. Arbeitsmarkt
4. Programme der EU

wurde sowohl eine Bestandsaufnah- me über die bisherigen verschlungen- en Förderstrukturen und -maßnah- men gemacht als auch aus der Kritik am dem bestehenden Fördersystem folgende Forderungen und Ände- rungsvorschläge formuliert:

- Vereinfachung des Antragswesens,
- schnellere Bearbeitungszeiten z.B. bei der Bewilligung von benötig- ten Hilfsmitteln,
- eine verstärkte Förderung von Ar- beitgebern, die behinderte Men- schen einstellen, daraus abgeleitet auch eine entscheidende Erhöhung der Ausgleichsabgabe,
- die Einführung eines persönlichen Budgets,
- ein Recht auf Arbeitsassistentz am Arbeitsplatz, unabhängig vom ar- beitsvertragsrechtlichem Status.

Fazit: der barrierefreie Zugang zum ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen muß von der Politik verstärkt eingefordert werden. \*



# Integration ist Menschenpflicht oder: Geduld braucht der Mensch

von Angelika Thielicke, *spectrum e.V. - Marburg*

Am 9. und 10. Oktober 1998 fand in Bonn ein Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit dem Thema „Integration ist Menschenpflicht“ statt, um an die Verabschiedung der Bildungsratsempfehlung „Zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher“ am 12. und 13. Oktober 1973 in Bonn zu erinnern.

Die Sonderschule galt damit nicht mehr als der einzig mögliche Lernort für behinderte Schüler und ermöglichte so die Integrationsbewegungen in den Bundesländern. Wenn sich auch nicht überall so viel entwickeln konnte wie z.B. in Hamburg, so waren diese Empfehlungen doch entscheidende Weichenstellungen für die schulische Integration, der die soziale Integration folgen sollte.

Wie langsam dieser Prozeß vorangeht und wie wenig gerade in den letzten Jahren bewirkt wurde, wurde vor allem von denen, die diesen Prozeß seit mehr als zwanzig Jahren begleiten, beklagt. Der entscheidende Wandel sei nicht eingetreten, und immer noch gehe es darum, für einen Menschen mit Behinderung den üblichen Raum zurückzuerobern. Das Recht auf Integration wird zwar nicht mehr negiert, aber in der Praxis kann sie nur dort umgesetzt werden, wo sie von allen Beteiligten gewollt wird. In einem Memorandum, das der stellvertretenden KMK-Präsidentin Bringfriede Kahrs überreicht wurde, wurden die damaligen Forderungen aktualisiert und auf die weitere Notwendigkeit der Umsetzung hingewiesen.

Neben einer mit Politikern besetzten Podiumsdiskussion, in der Forderungen anerkannt und mit dem Hinweis auf allgemeine öffentliche Finanz-

knappeheit lahmgelegt wurden, und einem für eine Tagung ungewöhnlichen Vortrag einer publizierenden betroffenen Mutter gab es die obligatorischen Arbeitsgruppen, die mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten Schule und Integration betrachteten.

Eine kleine und tatkräftige Arbeitsgruppe setzte sich auch mit dem Thema „Integration in der beruflichen Bildung und in der Arbeitswelt“ auseinander. Anne Hildeschiedt berichtete vom riskanten Übergang von der Schule in den Beruf im Saarland, Hartmut Schulze trug das Konzept des Integrativen Förderungslehrgangs der Staatlichen Berufsschule Eidelstedt in Hamburg vor und Angelika Thielicke stellte die Arbeit der BAG UB vor.

Es gibt mittlerweile zahlreiche Ansätze zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen, doch die allgemeine Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Art und Schwere der Behinderung setzen sehr schnell Grenzen, die die Arbeitsgruppe nicht hinnehmen wollte. Sie dachte über die Schulzeit hinaus und machte auch vor der gedruckten Fassung des Memorandums der GEW nicht halt.

Die Forderung des Memorandums „Alle Menschen mit Behinderungen müssen nach der Schule die Möglichkeit haben, in die Berufsausbildung und in das Arbeitsleben integriert zu werden und angemessene Tätigkeiten zu finden.“ wurde uneingeschränkt geteilt, doch der Lösungsansatz im zweiten Satz „Dazu müssen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber zumindest ihre gesetzlichen Verpflichtungen zur Einstellung von Menschen mit Behinderung erfüllen.“ wurde als völlig unzureichend verworfen. Konsequenterwei-

se wurde er von der Arbeitsgruppe gestrichen und durch folgende Forderung ersetzt: „Der bestehende Anspruch behinderter Menschen auf dauerhafte Unterstützung im Arbeitsleben darf nicht nur an Einrichtungen gebunden sein, sondern muß auch auf das Arbeiten in normalen Betrieben übertragbar sein. Die bisherigen gesetzlichen Leistungen müssen an die Person, nicht an die Institution gebunden werden. Entsprechende gesetzliche Änderungen würden Gelder sparen und die Integration fördern.“

Dies war das einhellige Arbeitsergebnis. Wann diese Formulierung jedoch Eingang in die Position und den Forderungskatalog der GEW findet, bleibt abzuwarten, denn immerhin gibt es Sachzwänge - das Memorandum war ja bereits vor dem Kongreß gedruckt.

Wesentlich für die Weiterentwicklung der Integration wird sicherlich auch sein, wie sehr Schule es überhaupt als ihre Aufgabe begreift, die berufliche Integration ihrer Schüler schon während der Schulzeit vorzubereiten, oder ob das Sondersystem Schule es sich weiter leistet, hauptsächlich bis zum Schulende zu denken.

Innerhalb und außerhalb von Schule bleibt also für die nächsten 25 Jahre genug zu tun. \*

# Fachtagung der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. (DVfR)

von Angelika Thielicke, spectrum e.V. - Marburg

**K**napp 500 Fachleute befaßten sich vom 23. bis 25.9.1998 in Amberg mit der „Zukunft der beruflichen Rehabilitation und Integration in das Arbeitsleben“. Zunehmend wird nach neuen innovativen Konzepten gesucht, um „aussichtsreiche Wege aus der gegenwärtigen Perspektivlosigkeit beruflicher Integration für Menschen mit Behinderungen“ zu finden.

Die BAG UB war auf dieser Tagung mit einer Posterwand „Berufliche Integration ist möglich - Ziele und Aufgaben der BAG UB“ und zwei Fachreferaten vertreten. Eva-Maria Fehre stellte in der Arbeitsgruppe „Sozialstaat - Ökonomie - soziale Verantwortung“ die „Wesensmerkmale von unterstützter Beschäftigung für Menschen mit schweren Behinderungen - Modell 'job creating'“ vor. Angelika Thielicke problematisierte in der Arbeitsgruppe „Rehabilitation aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmersicht“ „Notwendige Strukturveränderungen – Erwartungen und Probleme von Arbeitgebern“.

Unterstützte Beschäftigung wirkte im Rahmen dieser Fachtagung neu und exotisch, denn der Ansatz der großen Rehabilitationsträger „Qualifizierung vor Plazierung“ wurde grundsätzlich nicht in Frage gestellt, vielmehr führte die Tagung „zu einer Reihe wesentlicher Erkenntnisse, von denen sechs zentrale theseartig herausgestellt“ wurden:

1. Im Mittelpunkt der beruflichen Rehabilitation und Integration steht der Mensch mit seinen Fähigkeiten und Erfahrungen und nicht seine Behinderung.

2. Der Prozeß der beruflichen Rehabilitation und Integration ist ohne soziale Eingliederung nicht vollständig, die Verantwortung für diesen Prozeß ist nicht teilbar.

3. Beides ist kein Gnadenakt einer wirtschaftlich orientierten Gesellschaft, sondern selbstverständliche Pflicht unseres sozialen Staates.

4. Die berufliche Rehabilitation in Deutschland, ein gegliedertes System mit vielfältigen Angeboten und international angesehener Qualität, ist eine gewaltige Herausforderung für uns alle:

Die Qualifikationsanforderungen steigen für behinderte Menschen ebenso wie für nichtbehinderte.

Weitere Personenkreise (z.B. Menschen mit psychischer Beeinträchtigung und ältere behinderte Menschen) müssen stärker als bisher in die berufliche Rehabilitation einbezogen werden.

Die meist öffentlich-rechtlichen Finanzierungsquellen werden spärlicher: Drastische Einschränkungen in den Etats der Reha-Einrichtungen müssen deshalb aufgefangen, neue Wege erschlossen werden. Hier sind auch die Erfahrungen der anderen EU-Länder zu prüfen und zu nutzen. Der „Freikauf“ von der Verpflichtung zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Ausgleichsabgabe von derzeit 200 DM/Monat muß gesellschaftlich geächtet und finanziell erschwert werden.

5. All das bedarf gewaltiger Anstrengungen. Die Fachtagung hat gezeigt, wie vielfältig und professionell bereits im System beruflicher Rehabilitation reagiert wird. Eine Fülle von Modellen, Initiativen und Entwicklungsprojekten zeigt den Reformeifer. Diese Reform Erfahrungen zu vertiefen und flächendeckend umzusetzen ist allen Experten das wichtigste Anliegen. Dazu bot die Fachtagung ein ausgezeichnetes Forum.

6. Besonders gefragt sind die Arbeitgeber als aktive Partner der beruflichen Rehabilitation und Integration. Ihre Einstellungsbereitschaft entscheidet über das Schicksal Betroffener und damit letztlich über den Erfolg der beruflichen Rehabilitation in Deutschland. \*



# Integrierende Arbeitsbegleitung von Menschen mit Autismus

von Margitta Gustke, Bundesverband Hilfe für das autistische Kind

Autistische Menschen können durchaus eine sinnvolle Arbeit aufnehmen und diese auch dauerhaft ausüben - vorausgesetzt sie erhalten eine individualisierte, spezifische Unterstützung z.B. durch einen Arbeitsbegleiter.

Dieser Überzeugung ist eine vom Bundesverband einberufene Arbeitsgruppe, die auf der Grundlage einer selbst durchgeführten Umfrage eine Konzeption für die „Integrierende Arbeitsbegleitung von Menschen mit Autismus“ entwickelte. Diese wurde im Rahmen einer Tagung vom 18.-20. September 98 in Fulda neben einer Reihe von Fachvorträgen vorgestellt. Die Tagung richtete sich hauptsächlich an Multiplikatoren aus Einrichtungen, Werkstätten für Behinderte, Behörden und Ämtern, Eltern autistischer Kinder und wurde mit 100 Fachteilnehmern eine erfolgreiche Veranstaltung.

Die erarbeitete Konzeption lehnt sich an das Modell der „Unterstützten Beschäftigung“ an, das – verbunden mit den Erfahrungen, die Stefan Doose (BAG UB), einfließen ließ, einen Grundrahmen bot. Die Darlegung der rechtlichen Bedingungen wurden von Prof. Matthias Dalferth, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesverbandes, erstellt.

Warum nun mußte es ein Extra-Modell werden? Warum schließen sich die Vertreter der autistischen Menschen nicht einfach dem Modell der „Unterstützten Beschäftigung“ an?

Autistische Menschen haben besondere Schwierigkeiten, die immer wieder dafür sorgen, daß sie durch die Maschen eines sozialen Systems fallen, das anders behinderten Menschen durchaus adäquate Hilfestellungen zur Verfügung stellen kann. Es ist in jedem Arbeitsfeld besonders schwierig, autistische Menschen zu integrieren. Die Besonderheit liegt darin, daß die Behinderung nicht sichtbar ist und die Wahrnehmungsstörungen häufig zu

starken Verhaltensproblemen, Mißverständnissen und Mißinterpretationen für den autistischen Mitarbeiter, aber auch besonders für die nicht-behinderten Kollegen führen. Der autistische Mensch kann diese Schwierigkeiten weder erklären noch selbst reflektieren. Daher ist eine sehr individuelle und flexible pädagogische Begleitung seiner beruflichen Tätigkeit nötig. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Störungen in der Wahrnehmungsverarbeitung ist eine Begleitung im Rahmen größerer Betreuungseinheiten, wie bereits praktiziert, zumeist nicht ausreichend.

Bei der Entwicklung der Konzeption war für die Arbeitsgruppe eine Reihe von Aspekten wichtig, wobei die Voraussetzung zunächst die Akzeptanz der Besonderheit der autistischen Behinderung durch die Entscheidungsträger ist:

- 1) Bei aller Verschiedenheit in der Ausprägung der Behinderung gibt es doch eine Reihe grundlegender Bedingungen, wenn die berufliche Eingliederung eines autistischen Menschen positiv verlaufen soll. Dies sind
  - Kenntnis der individuellen Besonderheiten dieses Menschen
  - Abschirmung vor einem Übermaß von Reizen
  - Vermeidung von Zeitdruck
  - Strukturierung der Arbeit
  - Schriftliche bzw. bildliche Hilfen
  - Lernen in Realsituationen
  - Einsatz einer Vermittlungsperson bei sozialen Anforderungen
- 2) Frühzeitige und sorgfältige Vorbereitung der Entscheidung für ein bestimmtes Berufsbild.
- 3) Wichtig ist die Wahlfreiheit für den behinderten Menschen. Weder eine vorschnelle Festlegung auf die Werkstatt für Behinderte noch eine Ablehnung der WfB „aus Prinzip“ ist nützlich.

- 4) Wenn eine Lösung für sinnvoll befunden wurde, müssen die dabei nötigen Hilfen so lange als nötig, unter Umständen auch lebenslang gegeben werden.
- 5) Eine konsequente Anwendung des im BSHG vorgesehenen Individualgrundsatzes sollte auch für den Bereich der Arbeit als übliche Hilfe neben der pauschalierten Unterstützung in der WfB eingeführt werden.
- 6) Es fehlt an allen Ecken an der Ausbildung in Hinsicht auf den frühkindlichen Autismus. Das betrifft die Arbeitsämter, die Hauptfürsorgestellen, die Eingliederungsfachdienste, die Berufsschulen usw.

Die Hilfe der Konzeption sollen Eltern, Vorstände und Therapeuten der Regionalverbände unterstützt werden, Behörden und Sachbearbeitern das Behinderungsbild nahezubringen und zu überzeugen wie auch Arbeitgeber geneigt zu machen, neue Wege zu gehen – sowohl im Bereich des geschützten wie auch teilgeschützten und freien Arbeitsmarkt.

Um dem Anspruch aller autistischer Erwachsener auf ein befriedigendes Arbeitsleben gerecht zu werden, sind die sozialpolitischen Entscheidungsträger aufgerufen, also die Gesetzgeber, die Ministerien und vor allem alle Personen, die bei der Umsetzung durch die erforderlichen individualisierten spezifischen Hilfen gestaltend mitarbeiten.

Die Arbeitsgruppe des Bundesverbandes hat in ihrer **Konzeption** hierzu Vorschläge erarbeitet.

Zusätzlich sind die während der Tagung vom 18.-20.9.98 in Fulda zum Thema „Integrierende Arbeitsbegleitung von Menschen mit Autismus“ gehaltenen Fachvorträge die in einem **Tagungsband** zusammengefaßt.

*Beide Veröffentlichungen sind gegen Erstattung der Portokosten zu beziehen beim:*

Bundesverband Hilfe für das autistische Kind - Vereinigung zur Förderung autistischer Menschen e.V.  
 Bebelallee 141, 22297 Hamburg  
 Tel.: 040 / 5115604

\*



# Weitere Entwicklung und Diskussion der bundesweiten Modellprojekte Integrationsfachdienste

von Stefan Doose, BAG UB - Hamburg

Die BAG UB hat Anfang 1998 zusammen mit der BAG Integrationsfirmen und dem Reichsbund ein Positionspapier zur Weiterentwicklung von Integrationsfachdiensten und Integrationsfirmen herausgegeben (vgl. *impulse* Nr. 9, S.9 ff). Nachdem bereits an den meisten Orten die Integrationsfachdienste im Rahmen des Modellprojektes des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) ihre Arbeit aufgenommen haben, ist die BAG UB an ersten Erfahrungen interessiert. Wir haben deshalb eine Fax-Umfrage zum Stand der Projekte unter allen am Modellprojekt beteiligten Integrationsfachdiensten Anfang Dezember 98 durchgeführt. Die Ergebnisse werden wir in den Diskussionsprozeß in den Projektbeirat des Modellprojektes als beratendes Mitglied einbringen.

Die Begleitforschung für das Modellprojekt Integrationsfachdienste ist mittlerweile ausgeschrieben worden, die Anträge mußten bis zum 15.12.1998 im BMA vorliegen. Die Begleitforschung soll im Projektbeirat in der zweiten Januarhälfte 1999 beschlossen werden. Bis dahin sollen auch die zu untersuchenden Fragestellungen der Begleitforschung konkret festgelegt werden.

Am 15. Dezember 1998 hat ein Folgegespräch mit den Initiatoren des Positionspapieres und Vertretern des BMA, der AG der Hauptfürsorgestellen und des Arbeitsamtes in Bonn stattgefunden.

Von einigen unseren Mitgliedern wurde außerdem das Interesse an einem bundesweiten Treffen der am Modellprojekt beteiligten Integrationsfachdienste geäußert. Die BAG UB wird dieses Treffen im Frühjahr 1999 organisieren und durchführen. Wir werden ausführlich über die Ergebnisse der Umfrage, das Treffen

der Integrationsfachdienste, die Gespräche und Beratung im Projektbeirat in der nächsten Ausgabe der *impulse* mit dem Schwerpunktthema „Neue Entwicklungen – wer steuert wohin?“ berichten.

Die nächste Jahrestagung der BAG UB vom 29. September – 1. Oktober 1999 in Berlin wird einen sozialpolitischen Schwerpunkt in der Weiterentwicklung und gesetzlichen Verankerung von Integrationsfachdiensten haben.

Die neue Regierung hat den Ausbau von Integrationsfachdiensten ausdrücklich in ihre Koalitionsvereinbarung (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe) aufgenommen. Eine gesetzliche Regelung bereits vor Ablauf des BMA-Modellprojektes im Jahre 2001 auf Grundlage der vorläufigen Grundsätze wird daher vom BMA angestrebt.

Die Arbeit der Integrationsfachdienste im Rahmen des BMA-Modellprojektes wird in den einzelnen Bundesländern in Rahmenvereinbarungen mit dem Landesarbeitsamt, der Hauptfürsorgestellen und der Träger geregelt. Als Grundlage sollen die „Hinweise zur modellhaften Förderung von Integrationsfachdiensten zur Eingliederung Schwerbehinderter“ der AG der deutschen Hauptfürsorgestellen und der Bundesanstalt für Arbeit (s. *impulse* Nr.9, S.12ff) dienen.

Diese Rahmenvereinbarungen wurden mittlerweile an vielen, aber noch nicht allen Orten unterzeichnet. Der Abschluß der Rahmenvereinbarungen war in einigen Bundesländern ein nicht einfacher Prozeß, in dem die unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Erwartungen der Beteiligten und die prinzipiellen Vorbehalte einiger Arbeitsämter deutlich wurden.

Die Integrationsfachdienste des

Modellprojektes werden von einem Steuerungsteam, bestehend aus einem Vertreter des Arbeitsamtes und der Hauptfürsorgestelle, gesteuert. Der Integrationsfachdienst kann grundsätzlich nicht ohne Betreuungsauftrag tätig werden. Der Integrationsfachdienst ist nicht als festes Mitglied des Steuerungsteams vorgesehen, was nach einigen Irritationen in einigen Regionen jetzt aber in der Praxis zumeist üblich ist. Auch die Öffentlichkeitsarbeit ist mit den Auftraggebern abzustimmen.

Das einzelfallbezogene Verfahren im Steuerungsteam ist mit einem erheblichen Zeitaufwand von allen Beteiligten verbunden und scheint im Gegensatz zur bisherigen Praxis der Integrationsfachdienste die Gefahr einer stärkeren Bürokratisierung und Überregelung mit sich zu bringen.

Diese Struktur kann je nach regionaler Konstellation zu einer konstruktiven Zusammenarbeit genutzt werden oder aber auch zu einem totalen Ausbremsen des neuen Integrationsfachdienstes führen, indem z.B. keine oder ungeeignete Betreuungsaufträge vergeben werden bzw. die Öffentlichkeitsarbeit stark reglementiert wird.

Die praktische Zusammenarbeit und die Kooperation vor Ort scheint sich nach den ersten Erfahrungen in den einzelnen Regionen und teilweise auch zu einzelnen Beteiligten sehr unterschiedlich zu entwickeln. So sind z.B. in Nordrhein-Westfalen die neuen Dienste mit Hospitationen und Fortbildungen sowohl im Arbeitsamt als auch bei der Hauptfürsorgestelle gut eingeführt worden. In anderen Regionen sind die Steuerungsteams erst spät oder noch gar nicht zusammengetreten und es gab vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt hoffentlich anfängliche Reibungsverluste. \*

# Erfolgreich gestartet: BAR Modellinitiative „REGIONALE Netzwerke zur beruflichen Rehabilitation (lern-) behinderter Jugendlicher“

Die BAR befaßt sich intensiv mit der Entwicklung eines verbesserten wohnortnahen Angebotes zur beruflichen Rehabilitation. So hat sie im Anschluß an ihre Modellinitiative „Wohnortnahe berufliche Rehabilitation von Frauen“ eine Konzeption entwickelt, die zum Ziel hat, wohnortnahe Ausbildungsangebote auch für behinderte Jugendliche im dualen Ausbildungssystem zu vernetzen und zu erproben.

Zielgruppe dieses neuen BAR-Modellprojektes sind insbesondere lernbehinderte Jugendliche, die wegen Art oder Schwere der Behinderung besondere Hilfen zur beruflichen Eingliederung bedürfen, die über die sog. „ausbildungsbegleitenden Hilfen“ hinausgehen, ohne aber auf die ununterbrochene, intensive und dichte Betreuung einer überbetrieblichen Rehabilitationseinrichtung angewiesen zu sein.

Die bereits vorhandenen Leistungsmöglichkeiten wohnortnaher Einrichtungen sollen genutzt und unter Beteiligung koordinierender und unterstützender Einrichtungen - z.B. durch Berufsbildungswerke und freie Bildungsträger - in einem Netzwerkverbund zur sozialen und beruflichen Integration der Jugendlichen optimiert werden.

Ausgangspunkt jeder Rehabilitationsmaßnahme ist der individuelle Förderbedarf, wie er z.B. im Lernortkonzept der Bundesanstalt für Arbeit seinen Niederschlag gefunden hat. Dabei geht die berufliche Rehabilitation grundsätzlich von der dualen Berufsausbildung aus, bei der die praktische Ausbildung im Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Berufsschule erfolgt. Sie richtet sich damit nach dem Grundsatz „so

normal wie möglich - so speziell wie erforderlich“. Hierbei wird, so weit wie möglich, auf die vorhandenen Angebote im Wohnumfeld der Jugendlichen zurückgegriffen.

Die Nutzung wohnortnaher Angebote setzt allerdings voraus, daß Betriebe und Verwaltungen bereit und in der Lage sind, behinderte Jugendliche auszubilden. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, daß die Länder eine angemessene Förderung behinderter Jugendlicher im Berufsschulbereich sicherstellen.

Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten zeigen, daß sich die regionale Zusammenarbeit, auch zwischen Betrieben und Berufsschulen bei entsprechender Beratung und Unterstützung durchaus bewährt. Notwendig sind hierzu auch ausbildungsbegleitende Dienste und pädagogische Hilfestellungen, um Defizite der Sozialisation und der Reifung besonders zu berücksichtigen und die gestörte individuelle Lebensentwicklung auszugleichen bzw. die Persönlichkeit zu stabilisieren.

Dies aufgreifend geht auch das BAR-Konzept von der Annahme aus, daß Jugendliche, denen die Möglichkeit gegeben wurde, im Rahmen der Ausbildung ihr Können und ihre Belastbarkeit unter Beweis zu stellen, in der Regel eher eine Chance auf eine spätere Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb haben als wenn sie wohnortfern und überbetrieblich ausgebildet werden.

Gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit wurde Ende des Berichtszeitraums eine regionale Vorauswahl von Standorten vorgenommen, die in das Modellvorhaben und die vorgesehene wissenschaftliche Begleitforschung einbezogen werden könnten.

Im September 1998 trafen sich auf gemeinsame Einladung der Bundesanstalt für Arbeit und der BAR die verantwortlichen Mitarbeiter der in Frage kommenden Arbeitsämter bei der BAR zu einem Informationsaustausch zur konkreten Umsetzung des Projektes vor Ort. Dabei wurde deutlich, daß das Modellvorhaben bei der Arbeitsverwaltung auf überwiegend positive Resonanz stößt und bei entsprechendem Bedarf die Umsetzung des Projektes, die an einigen Standorten schon weit fortgeschritten ist, nun überall beginnen kann.

Offen ist derzeit noch, wer mit der begleitenden Forschung beauftragt werden soll, die Aufschluß über nachstehende zentrale Fragen geben soll:

- Wie können Ausbildungsbetriebe gefunden werden, welche Qualifikationen benötigen deren Ausbilder und welche Unterstützung ist für die Betriebe erforderlich?
- Können die fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine integrative berufstheoretische Ausbildung in den (Regel-) Berufsschulen geschaffen werden? Wie müssen diese aussehen?
- Ist es möglich, ein umfassendes Netzwerk zur sozialen und pädagogischen Betreuung unter Einbeziehung der Einrichtungen der Jugendhilfe und anderer Institutionen im Bereich der Jugendsozialarbeit herzustellen?
- Welche Voraussetzungen fachlicher und organisatorischer Art müssen potentielle Projektnehmer für die Bewältigung ihrer Planungs- und Koordinationsaufgaben erfüllen?

Insgesamt gilt es, die Effizienz der einzelnen, im Rahmen des Modellvorhabens noch weiter zu präzisierenden Aktivitäten zu evaluieren und damit die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen Regionaler Netzwerke zur beruflichen Rehabilitation (lern-) behinderter Jugendlicher schlüssig zu beantworten.

Mehrere renommierte Universitäten/ Institute in der gesamten Bundesrepublik, die aus anderen Forschungsprojekten ihre Qualifikation für die Evaluierung eines komplexen, bundesweit durchgeführten Forschungsvorhabens nachgewiesen haben,

wurden zur Erstellung eines entsprechenden Forschungsdesigns aufgefördert. Die Entscheidung über die endgültige Beauftragung zur Durchführung der Begleitforschung liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das die finanziellen Mittel hierzu zur Verfügung stellt.

Nach Abschluß der erforderlichen Verträge mit den Bildungsträgern soll eine Informationstagung mit allen Beteiligten einschließlich des bis dahin beauftragten Forschungsinstituts stattfinden. An der neuen BAR-Modellinitiative beteiligen sich ins-

gesamt acht Projektteilnehmer aus 6 verschiedenen Bundesländern.

Ansprechpartner bei der BAR:  
Rolf-Jürgen Maier-Lenz: Tel: 069/605018-24,  
Erich Lenk: Tel: 069/605018-32.

*Quelle:* BAR-Information Nr. 4/1998 vom 27. Oktober 1998  
Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR),  
Walter-Kolb-Str. 9-11,  
60594 Frankfurt / M. \*

Nachfolgend zitieren wir eine Passage aus dem Koalitionsvertrag zu dem Thema:

### Rechte von Menschen mit Behinderung stärken

Menschen mit Behinderungen brauchen den Schutz und die Solidarität der gesamten Gesellschaft. Die neue Bundesregierung wird alle Anstrengungen unternehmen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und dem im Grundgesetz verankerten Benachteiligungsverbot für Behinderte Geltung zu verschaffen. Schwerpunkte dabei sind:

- Der grundgesetzliche Gleichstellungsauftrag wird in einem Gesetz umgesetzt.
- Das Recht der Rehabilitation wird in einem Sozialgesetzbuch IX zusammengefaßt und weiterentwickelt.
- Die Vermittlung von Behinderten in den ersten Arbeitsmarkt hat Vorrang; ihnen müssen auch die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik offen stehen. Spezifische Instrumente zur Eingliederung Behinderter, z.B. die Schwerbehindertenabgabe und die Integrationsfachdienste, werden verbessert und weiterentwickelt.
- Es wird geprüft, wie die Deutsche Gebärdensprache anerkannt und gleichbehandelt werden kann. \*

## 3. Bundeskongress für Rehabilitation

### vom 21. - 23. April 1999 in Suhl

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und der Landesregierung des Freistaates Thüringen vom 21. bis 23. April 1999 im Congress Centrum Suhl ihren dritten Bundeskongress.

Das gewählte Tagungsthema „Rehabilitation im Wandel“ verdeutlicht die Zielsetzung. Die Grundsatzreferate „Rehabilitationspolitische Leitlinien der Bundesregierung“, „Leitlinien der europäischen Rehabilitationspolitik“, „Betroffene als Objekt oder als Beteiligte im Rehabilitationsprozeß?“, „Bestmögliche Rehabilitation unter dem Primat der Ökonomie?“, „Veränderungen in der Arbeitswelt – Auswirkungen auf die berufliche Rehabilitation“, „Die Praxis der Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen“, Podiumsdiskussionen und 14 parallel tagende Arbeitsgruppen sollen dazu beitragen, Defizite zu benennen, den Weiterentwicklungsbedarf aufzuzeigen, Vorschläge zur Weiterentwicklung zu diskutieren und neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen.

Die BAG UB wird ihre Vorstellungen und Vorschläge zur beruflichen Rehabilitation in die Arbeitsgruppe 9 „Besondere Modelle der Eingliederung“ einbringen.

#### Das aktuelle Tagungsprogramm kann angefordert werden bei:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR)  
Walter-Kolb-Straße 9-11  
60594 Frankfurt  
Tel.: (069) 605018-0  
Fax: (069) 60501829



## Entwicklung der Integrationsfachdienste

Das Netz der Integrationsfachdienste, die im Auftrag der Hauptfürsorgestellen Schwerbehinderte mit besonderem Betreuungsbedarf in den Arbeitsmarkt integrieren, wurde auch im Jahr 1997 weiter ausgebaut: Inzwischen bestehen 127 Integrationsfachdienste (1996:110) in zehn Bundesländern. Dies entspricht zwölf Hauptfürsorgestellen mit 198,43 Personalstellen (1996:159,25).

Für die Kosten von 97 der 127 Integrationsfachdienste wendeten die Hauptfürsorgestellen 16,9 Millionen DM auf, bei 30 Diensten sind die Kosten nicht bekannt.

Insgesamt wurden 8.421 Schwerbehinderte begleitet, davon 3.852 Beratungs- und 4.569 Betreuungsfälle (1996: 5.234; 2.179; 3.055). [...]

Gegenüber 1996 hat sich die Zahl der Dienste besonders bei denen für geistig Behinderte und Lernbehinderte und die der behinderungsübergreifenden Dienste um jeweils sechs erhöht, womit letztere Kategorie neuerdings am stärksten vertreten ist.

Die Gesamtfallzahl ist, wie oben erwähnt, gegenüber 1996 stark gestiegen, und sie liegt mehr als doppelt so hoch wie 1995. Dies gilt besonders für die Betreuungsfälle. Auf einen Betreuungsfall kommt etwas weniger als ein Beratungsfall (0,84). Die Zahlen für die Betreuungsfälle pro Fachkraft variieren stark: zwischen knapp 25 bei den behinderungsübergreifenden Diensten und knapp über 32 bei den Diensten für psychisch Behinderte.

Die 1997 neu aufgenommenen Betreuungen überwiegen die aus 1996 übernommenen deutlich - abgesehen von den Diensten für geistig Behinderte und Lernbehinderte, wo auch die Zahl der Abschlüsse auffallend gering ausfällt. Beides spiegelt sich in den errechneten Zahlen für den Durchlauf in den Diensten wider, der

hier definiert ist durch den Anteil von Neufällen und Abschlüssen an der Gesamtzahl der Betreuungen. Dienste für psychisch Behinderte kommen hier mit 87,45 Prozent auf den höchsten, Dienste für geistig Behinderte und Lernbehinderte mit 60,81 Prozent auf den niedrigsten Wert.

Der Anteil der betreuten Frauen ist gegenüber den beiden Vorjahren um vier Prozent auf etwa 40 Prozent gesunken, der Anteil der anerkannten Schwerbehinderten oder Gleichgestellten ist wiederum gewachsen, und zwar auf knapp 75 Prozent (1996: 70%; 1995: 59%).

Besonders fällt der starke Anstieg an betreuten Arbeitsverhältnissen auf: Während 1996 insgesamt 847 (befristete und unbefristete) Arbeitsverhältnisse betreut wurden, waren dies im vergangenen Jahr 1.440. Die Zahl der betreuten betrieblichen Fördermaßnahmen ohne Arbeitsverhältnis (Praktika, Rehabilitations-Maßnahmen u.ä.) stieg sogar auf fast das Doppelte: von 877 auf 1.628.

Aufschlußreich ist die Betrachtung der Vermittlung in geförderte im Gegensatz zu ungeförderten Arbeitsverhältnissen: Während das Verhältnis von ungeförderten zu geförderten Arbeitsverhältnissen bei den behinderungsübergreifenden Diensten bei 1 zu 1,2 und bei denen für psychisch Behinderte bei 1 zu 2 liegt, liegt es bei den Diensten für geistig Behinderte und Lernbehinderte bei 1 zu 18,5. Hier spielen ungeförderte Arbeitsverhältnisse demnach kaum eine Rolle. Andererseits überwiegt die Zahl der unbefristeten Arbeitsverhältnisse die der befristeten bei den Diensten für geistig Behinderte und Lernbehinderte am deutlichsten. Bei diesen wird auch die befristete Probebeschäftigung nach §33 SchwbAV am ehesten genutzt.

Ähnlich wie bei der durchschnittlichen Zahl an Betreuungsfällen pro Fachkraft liegen die behinderungs-

übergreifenden Dienste mit etwa fünfzehn betreuten Arbeitsmarktmaßnahmen pro Fachkraft deutlich niedriger als die übrigen Fachdienst-Kategorien mit etwa 22 oder 23 Maßnahmen pro Fachkraft. Zu vermuten ist, daß sich hier die Tatsache auswirkt, daß besonders die behinderungsübergreifenden Dienste zu einem großen Teil in den Jahren 1996 und 1997 eingerichtet wurden.

In der Zusammenschau der Entwicklung gegenüber den Vorjahren 1995 und 1996 - der Steigerung der Betreuungszahlen und der zunehmenden Konzentration der Maßnahmen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt - läßt sich eine weitere Konsolidierung und Professionalisierung der Integrationsarbeit konstatieren, die sicher auch im Zusammenhang mit den verstärkten Bemühungen der Hauptfürsorgestellen um qualitätssichernde Steuerung und Fortbildung der Dienste zu sehen ist.

*Quelle:* Jahresbericht 1997 der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen \*

Der vollständige Jahresbericht 1997 der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen ist zu beziehen über die:

Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen  
Ernst-Frey-Str. 9  
76135 Karlsruhe

**Leserbrief:**

Zwei Äußerungen von Vertretern der Hauptfürsorgestelle in zwei Artikeln der letzten beiden Ausgabe der Impulse bedürfen meines Erachtens eines kritischen Leserbriefs.

In der Ausgabe Nr. 9 heißt es auf Seite 15: „Die eigene Leistungsfähigkeit des Behinderten plus die Leistungsfähigkeit der Unterstützungsperson sollten 100% Leistungsfähigkeit ergeben; dabei kann die Leistungsfähigkeit der zu unterstützenden Personen auch gegen Null gehen – entsprechend hoch muß der langfristige Unterstützungsanteil sein. Supported–Employment-Projekte gehen davon aus, daß in den Betrieben durch die Beschäftigung von Schwerstbehinderten ein neues Klima von „sozialem Lernen“ entsteht.“

In der Ausgabe Nr. 10 heißt es auf Seite 9: „Unterstützte Beschäftigung in diesem Sinne sieht sich deshalb als echte Alternative zur Werkstatt für Behinderte. Die Leistungsfähigkeit der Behinderten plus die Leistungsfähigkeit der Unterstützungsperson sollen danach 100% erreichen; dabei kann die Leistungsfähigkeit der zu unterstützenden Person auch gegen Null gehen – entsprechend hoch muß der langfristige Unterstützungsanteil durch externe Job-Coaches sein. Supported Employment – das auch in den USA allenfalls in wenigen Vorzeigebetrieben erprobt wurde – soll in den Betrieben durch die Beschäftigung von Schwerstbehinderten zudem ein neues Klima von „sozialem Lernen“ schaffen.“

Ist damit gemeint, daß ein nicht leistungsfähiger Mensch mit einer Arbeitsassistenz ausgestattet wird, damit beide gemeinsam einen regulären Arbeitsplatz zu 100% ausfüllen? Job-sharing mit sozialer Note, der eine für die Arbeit, der andere für das Soziale? Wo wird das praktiziert? Welchen Menschen hilft dieses Modell?

Die Diskussion darüber, was die Leistung eines behinderten Menschen ist, wo sie eingesetzt wird, wie lange sie von wem begleitet wird, ist sicher auch unter Kostengesichtspunkten zu führen. Um es ganz deutlich zu sagen: Ziel von Job-coaching (Arbeitsassistenz, Unterstützter Beschäftigung, Betreutem Arbeiten, Supported Employment, wie immer man es nennen mag) ist es, Menschen mit Behinderungen außerhalb von Sondereinrichtungen für sinnvolle Arbeitssegmente zu qualifizieren und sie ohne dauerhaft erhöhten Betreuungsbedarf dabei direkt zu unterstützen. Es geht nicht darum, neue Arbeitsplätze für job-coachs oder Sozialarbeiter zu schaffen, sondern es geht um die Schaffung von neuen Arbeitsmöglichkeiten oder um reguläre Arbeitsplätze für behinderte Menschen. Die zu Anfang notwendige Unterstützung von außen muß auf ein Mindestmaß reduziert werden, um sinnvolles, selbständiges Arbeiten zu ermöglichen.

Es geht bei schwerer behinderten Menschen allerdings auch nicht darum, daß der betreffende Mensch den Anforderungen eines stellenplanmäßig erfassten, tariflich entlohnten, betrieblichen Arbeitsplatzes gerecht wird, sondern darum, die Fähigkeiten eines behinderten Menschen und die Arbeitsmöglichkeiten eines Betriebes zur Deckung zu bringen. Diese Anpassung geschieht immer von zwei Seiten: Reduzierung der betrieblichen Anforderungen und Qualifizierung des behinderten Menschen mit dem Ziel des weitgehend selbständigen Arbeitens.

Da dies bei schwerer behinderten Menschen nicht nur von den Betrieben und der Hauptfürsorgestelle allein geleistet werden kann, sondern eine soziale Aufgabe ist, wie sie sonst innerhalb der Werkstätten für Behinderte wahrgenommen wird, gibt es an dieser Stelle meines Erachtens einen immensen Diskussions- und Handlungsbedarf.

Andreas Büscher, Gießen \*

**Neues aus der BAG UB**

**Ein neuer Mitarbeiter der BAG UB stellt sich vor**

Ich darf mich kurz vorstellen. Mein Name ist Ralf Thomsen. Seit dem 1.10.98 stehe ich bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung in Lohn und Brot. Von Hause aus bin ich Jurist und z.Zt. bei der BAG UB im Rahmen des Projektes *Unterstützte Beschäftigung 2000* mit der Erarbeitung und Fertigstellung des Kursmaterials für Modul 2 betraut, welches sich mit dem Themengebiet *Förderungsrecht und Rehabilitation in der Bundesrepublik Deutschland - Die Grundkenntnisse* beschäftigt. Nach einer Einarbeitungsphase in diesen Aufgabenbereich stehe ich gerne der BAG UB und ihren Mitgliedern bei sozialrechtlichen Fragen rund um das Themenfeld Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit und Beruf zur Verfügung.

**Schwerpunktthema der nächsten *impulse*  
Neue Entwicklungen -  
Wer steuert wohin?**

Unter diesem Schwerpunktthema wird sich die Ausgabe Nr. 12 mit den neuen Entwicklungslinien und angedachten Steuerungsinstrumenten im Bereich der Arbeitsmarktpolitik auseinandersetzen.

Redaktionsschluß ist der 1.2.99. Die Ausgabe Nr. 12 erscheint im März 1999.

**Supported Employment -  
Unterstützte Beschäftigung  
in Europa**

Mit diesem Schwerpunktthema wird sich die Ausgabe Nr. 13 beschäftigen.

Redaktionsschluß ist der 1.5.99. Die Ausgabe Nr. 13 erscheint im Juni 1999.

Natürlich sind uns neben den Schwerpunktthemen auch andere Beiträge rund um die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen willkommen.

### Zweiter Durchgang der *Berufsbegleitenden Quali- fizierung in Unterstützter Beschäftigung*

**September 1999 bis November 2000**

Der erste Durchgang der berufsbegleitenden Qualifizierung in Unterstützter Beschäftigung für Integrationsberater und -beraterinnen ist erfolgreich angelaufen. Die Kursmaterialien für zwei Module sind fertig und es haben bereits zwei Seminare stattgefunden. Für die Entwicklung und Durchführung der Qualifizierung hat sich rund um das BAG UB - Projektteam eine gute UnterstützterInnengruppe von MitarbeiterInnen aus der Fachdienstpraxis, der Forschung, der Unternehmensberatung u.ä. gebildet. Sie wirken als ModulautorInnen, kritische LeserInnen und/oder ReferentInnen an unserer Arbeit mit.

Jetzt stehen auch die Termine und der Veranstaltungsort für den zweiten Durchgang. Die Qualifizierung wird im September 1999 mit dem Versand der schriftlichen Kursmaterialien von Modul 1 *Unterstützte Beschäftigung – Überblick und Philosophie* starten.

Der Veranstaltungsort für alle acht Seminare ist diesmal das *Evangelischen Haus Hainstein* in Eisenach. Eisenach liegt in der Mitte von Deutschland und ist gut mit der Bundesbahn (IC) zu erreichen.

Die Qualifizierung endet im November 2000 mit einem gemeinsamen Kolloquium, auf dem die TeilnehmerInnen ihre Abschlußprojekte vorstellen.

Anmeldeschluß für den zweiten Durchgang ist der **30. April 1999**. Aufgrund der guten Erfahrungen aus dem laufenden ersten Durchgang werden wir auch diesmal ein Auswahlverfahren vornehmen, um wieder eine interessante TeilnehmerInnengruppe mit unterschiedlichen Vorerfahrungen und aus verschiedenen Bereichen der beruflichen Rehabilitation zusammenzustellen.

### *Die Seminartermine im Überblick:*

Unterstützte Beschäftigung – Überblick und Philosophie

11. – 13. November 1999

Förderungsrecht und Rehabilitation in Deutschland – Die Grundkenntnisse

13. – 15. Januar 2000

Individuelle Berufsplanung – Jede BewerberIn ist einmalig

24. – 26. Februar 2000

Marketing und Arbeitsplatzakquisition – Der Weg zur Beschäftigung

30. März – 01. April 2000

Beratung von Betrieben – Betriebswirtschaftliches Denken und Arbeitsplatzanalyse

11. – 13. Mai 2000

Qualifizierung – Lernen am Arbeitsplatz

15. – 17. Juni 2000

Erhalt des Arbeitsplatzes – Weitergehende Unterstützung und Krisenintervention

06. – 08. Juli 2000

Qualitätssicherung, Projektarbeit und Organisationsentwicklung – Lernende Organisation

14. – 16. September 2000

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

### Neue BAG UB Seminare 1999

#### *Beraterrolle -*

#### *Berateridentität*

Reflexionen von Arbeitssituationen unter Einbeziehung des persönlichen Erlebens

**vom 16. - 18. April 1998**

im Haus Hainstein, Eisenach.

Die BAG UB bietet vom 16. – 18. April 1999 in Haus Hainstein, 99817 Eisenach, ein neues Seminar zum Thema „Beraterrolle – Berateridentität“ für IntegrationsberaterInnen an.

In der Rolle der BeraterIn bewegen sich IntegrationsberaterInnen in einem besonderen Spannungsfeld und sind den verschiedensten Beziehungskonstellationen ausgesetzt.

Ihre Haltung bezüglich

- Klientenwunsch - Arbeitsrealität
- Ansprüchen an Sie durch KlientInnen, Bezugspersonen, Arbeitgeber und Kolleginnen und die eigene Leistungsvorstellung
- Überordnung - Unterordnung
- Autonomie Abhängigkeit
- Risikofreude - Sicherheitsbedürfnis
- Alleinsein - Eintauchen (Gruppenzugehörigkeit)
- Verantwortung nehmen - Loslassen/Verabschieden

beeinflußt ihre berufliche Identität sowie den Umgang mit ihrer Berufsrolle.

#### Methode:

In Rollenspielen und Gesprächsrunden bekommen die TeilnehmerInnen im geschützten Rahmen unseres Seminars Selbsterkenntnis und Feedback über ihre Fähigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Beraterverhalten und -stil.

Ziel des Wochenende ist es, der eigenen Identität nachzuspüren und sie im Zusammenhang mit der eigenen Sozialisationsgeschichte zu sehen. Dadurch kann Klarheit

- für die Anforderungen an die Beraterposition und -situation,
- über eigene Fähigkeiten und Potential,
- für weitere Lernwege

gewonnen werden.

Das Seminar wird geleitet von Renata Neukirchen und Jürgen Länge.

*Renata Neukirchen* ist Bankkauffrau, Heil- und Montessoripädagogin, Gruppenanalytikerin (GAG) und Supervisorin (DGSv i.A.). Zur Zeit arbeitet sie als geschäftsführender Vorstand der CBA e. V., München, sowie in freier Praxis in den Bereichen Projektentwicklung und Supervision. Sie besitzt langjährige Erfahrung in Gestalttherapie mit Märchen und hat sich in Bereichen wie z. B. Skriptanalyse, NLP und Psychodrama weitergebildet.

*Jürgen Länge* ist Pädagoge, Psychologe, M.A. und Supervisor (GAG, DGSv i.A.). Zur Zeit ist er tätig als Arbeitsassistent an der Beratungsstelle für lern- und geistigbehinderte Menschen CBA. e.V.



sowie als pädagogischer Berater des Firmenprojektes „Umweltteam“ der CBA e.V. Darüber hinaus arbeitet er in den Bereichen Training und Supervision; Weiterbildungen erfolgten in den Bereichen Skriptanalyse, NLP und Psychodrama.

Kosten inklusive Übernachtung und Verpflegung: DM 590,- / DM 720,- (Mitglieder/ Nichtmitglieder)

**Weitere Vorankündigungen:**

**Seminar** zum Thema

*Arbeitsplatzakquisition*

vom 19. - 21. Mai 1999. Hotelpark Hohenroda, 36284 Hohenroda.

**Seminar** für

*Unterstützte ArbeitnehmerInnen*

25. - 27. Juni 1999. Jugendherberge Melsungen, 34212 Melsungen.

**Seminar** zum Thema

*Individuelle Berufsplanung*

vom 27. - 28. Oktober 1999. Ev. Bildungsstätte Hohenwart, 75181 Pforzheim. Zielgruppe: Gemischte Gruppe („Profis“ und unterstützte ArbeitnehmerInnen).

Anmeldung und weitere Fragen richten Sie bitte an die BAG UB, z. Hd. Christoph Mühlbach, Schulterblatt 36, 20357 Hamburg, Tel. 040 / 43253123, Fax 040 / 43253125.

**BAG UB Jahrestagung**

vom **30.09 - 01.10.1999** in Berlin - Vorkonferenz am **29.09.1999**

Die kommende Jahrestagung 1999 der BAG UB findet vom 30.09.-01.10. im Hotel Courtyard by Marriott Berlin Teltow statt.

Schwerpunkt der zweitägigen Tagung werden sozialpolitische Themen um die bundesweite (Weiter-) Entwicklung von Unterstützter Beschäftigung sein.

Am 29.09.1999 werden im Rahmen der Vorkonferenz ganztägige Workshops zu relevanten Themen von Unterstützter Beschäftigung angeboten.

Für unterstützte ArbeitnehmerInnen wird es an allen drei Tagen wieder einen Themenstrang geben.

Auf der im Rahmen der Tagung stattfindenden Mitgliederversammlung der BAG UB steht diesmal wieder die Wahl des Vorstandes an.

Wir freuen uns, wenn wieder viele Mitwirkende die Tagung inhaltlich durch die Übernahme von Arbeitsgruppen oder Workshops mitgestalten. Rückmeldungen nehmen wir ab sofort in der Geschäftsstelle der BAG UB entgegen.

**Praxismaterialhefte**

Wir planen im Rahmen unseres Projektes *Unterstützte Beschäftigung 2000* im zweiten Halbjahr 1999 zwei Praxismaterialhefte von und für die Fachdienstpraxis herauszugeben.

Themenschwerpunkte sollen im ersten Heft *Individuelle Berufsplanung – Erstellung von KundInnen- und Fähigkeitsprofilen* und im zweiten Heft *Arbeitsplatzakquisition* sein.

In diese Praxismaterialhefte werden einerseits Materialien einfließen, die wir im Rahmen der berufsbegleitenden Qualifizierung in Unterstützter Beschäftigung entwickelt haben, zum anderen möchten wir Integrationsfachdiensten die Möglichkeit bieten, ihre Konzepte und praktische Arbeit zu diesen Themen vorzustellen und ihre Praxismaterialien einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Weitere Themenhefte sind für das Jahr 2000 geplant.

Wir freuen uns auf rege Beteiligung und nehmen ab sofort Anregungen, Beiträge und Materialien entgegen.

Für weitere Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

**Antrag auf Mitgliedschaft in der BAG UB**

- Ich möchte Mitglied in der BAG UB werden
  - als Organisation (Mitgliedsbeitrag mind. 400 DM/ ermäßigt 200 DM pro Jahr)- unser Beitrag \_\_\_\_\_ DM
  - als persönliches Mitglied (Mitgliedsbeitrag mind. 100 DM/ ermäßigt 50 DM pro Jahr)- mein Beitrag \_\_\_\_\_ DM

**Absender**

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Organisation: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Hinweis in letzter Minute:  
 Tagung *Neue Wege in den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung*  
 am 02.03.1999 in Bielefeld  
 Mitveranstalter: LAG Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen, NRW  
 Ansprechpartner:  
 Martin Oesker 0521/513690

An die

Bundesarbeitsgemeinschaft für  
Unterstützte Beschäftigung  
Schulterblatt 36

oder per Fax: 040 / 432 53 125  
per Email: BAG\_UB@t-online.de

20357 Hamburg

### Bitte senden Sie mir gegen Rechnung

- x Themenheft „Unterstützte Beschäftigung“ der Zeitung *Gemeinsam Leben*, Juni 1997, 20 DM
- x Materialienheft I „Supported Employment in Europa“ 10 DM
- x Konzeption Integrierende Arbeitsbegleitung von Menschen mit Autismus, Versandkostenpauschale 3 DM **neu!**
- x Schulze, Sturm u.a. (Hrsg.): Schule, Betriebe und Integration 15 DM
- x Studie Barlsen/Bungart: Unterstützte Beschäftigung 15 DM
- x Arbeit Doose: Unterstützte Beschäftigung für Menschen mit Lernschwierigkeiten 15 DM
- x Trost: Integrationsfachdienste f. Menschen mit psychischer Behinderung in Baden-Württemberg 24,80 DM
- x Adressenliste Integrationsfachdienste 2 DM
- x Kirsten Gebhardt: Vermittlungshürden überwinden! 4 DM **neu!**
- x *impulse* Nr. 1, 96 Überblick Unterstützte Beschäftigung 10 DM
- x *impulse* Nr. 2, 96 Integrative Übergänge Schule - Beruf 10 DM
- x *impulse* Nr. 3 / 4, 96 Qualifizierung/Arbeitsplatzakquisition 10 DM
- x *impulse* Nr. 5 / 6, 97 Unterstützte Beschäftigung - mehr als die Vermittlung eines Arbeitsplatzes 20 DM
- x *impulse* Nr. 7 / 8, 98 Unterstützte Beschäftigung f. Menschen mit schwerer Behinderung 20 DM
- x *impulse* Nr. 9, 98 Unterstützte Beschäftigung in Deutschland – ein Überblick 10 DM
- x *impulse* Nr. 10, 98 Integration - als neue Unternehmenskultur? - Berichte von der Jahrestagung 1998, 10 DM
- x *impulse* Nr. 11, 98 Unterstützte ArbeitnehmerInnen - Ihre Perspektiven und Arbeitsplätze 10 DM
- x Abonnement *impulse* 40 DM pro Jahr
- x Projekt Integration „Ich hab´ noch eine Menge Zukunft vor mir!“ Versandkostenpauschale 3 DM **neu!**
- x Projekt Integration Video „Ich hab’s geschafft“ (VHS), 20 DM **neu !**
- x Hamburger Arbeitsassistent: Konzept und Arbeitsweise 3 DM
- x Hamburger Arbeitsassistent: Konzept, Entwicklung und Perspektiven der Maßnahme  
Ambulantes Arbeitstraining 5 DM **neu !**
- x Hamburger Arbeitsassistent: Analyse des finanziellen Mitteleinsatzes & d. Einsparungen 1992-97, 25 DM
- x Video Hamburger Arbeitsassistent **mit Kinowerbespot** (VHS), 20 DM
- x Plakat: Zwei Profis wollen Integration: 12 DM (plus mind. 8 DM Versand - Inland -)
- x von Lüpke: Nichts Besonderes. 12 DM
- x Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden  
– auch nicht in der Arbeitswelt **neu !** - Versandkostenpauschale 5 DM
- x Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen: Das Bürgerrecht auf  
Gleichstellung - Paradigmenwechsel **neu !** - Versandaufwandpauschale 5 DM
- x Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen: Integration in der Praxis –  
*Heft 3: Behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt* -  
Versandkostenpauschale 3 DM
- x Broschüre „I want my dream“ Persönliche Zukunftsplanung **mit neuem  
Materialienteil** 15 DM
- x Materialien zu persönlichen Zukunftsplanung: Lebensstilkarten 10 DM (**neue  
Zeichnungen**)
- x Materialien zu persönlichen Zukunftsplanung: Hutkarten 15 DM
- x Materialien zur persönlichen Zukunftsplanung: Traumkarten 20 DM
- x Materialien zur persönlichen Zukunftsplanung: Arbeitsassistentenset 20 DM
- x Materialien zur persönlichen Zukunftsplanung als Gesamtpaket 60 DM

Ich interessiere mich für die berufs-  
begleitende Qualifizierung zur  
Fachkraft in der beruflichen Inte-  
gration und möchte

die Ankündigungsbroschüre  
für diese Qualifizierung zuge-  
sandt bekommen.

mich als TeilnehmerIn für den  
2. Durchgang der berufsbe-  
gleitenden Qualifizierung an-  
melden.